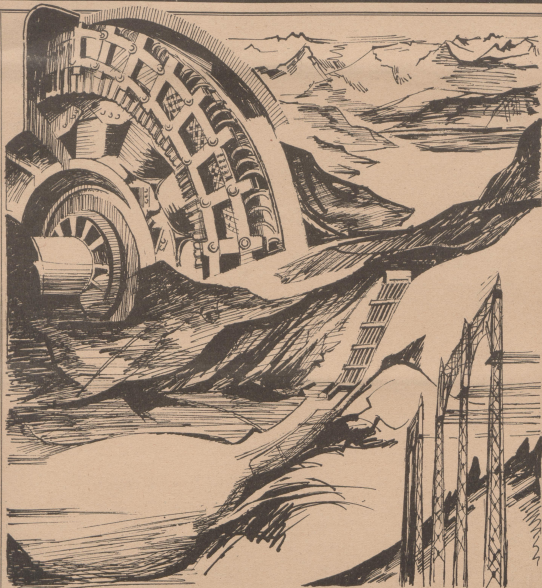


# Der Heimatdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge  
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Der „Meeress“ wieder in der Heimat. — Völkerverbündungsarbeit und Minderheitenprobleme. — Menschensuche an den Völkerverbündungsrat. — Not der Deutschen in Oberschlesien. — Das Ringen zwischen Wasserkräften und Kohle. — Englands Konflikte mit Russland und Ägypten.

In Kommission:  
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35  
Halbjährlich 2,50 Mark, 7 Jahrbuch 5.— Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen



WEISSE KOHLE

# Forschungsschiff „Meteor“ wieder in der Heimat.

Vom 2. Juni 1927 ist nach über zwölfjähriger Abwesenheit die deutsche Atlantische Expedition auf dem Vermessungsschiff „Meteor“ wieder in der Heimat eingetroffen.



Kräften zu fördern, entwarf Kanonenbootenbau, „C“ zum Vermessungs- und Forschungsschiff vorwärts, das neue Schiff der Völkergemeinschaft der deutschen Wissenschaft für eine zwölfjährige Expedition in den Atlantischen Ozean zur Verfügung zu stellen.

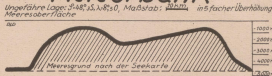
Die Expeditionen von „Challenger“ und „Gazelle“ haben, durch „Valdivia“ und „Möwe“ ergänzt, das hydrographische Bild des atlantischen Ozeans in den Grundzügen festgelegt. Zahlreiche Eisengänge bedurften dagegen noch der Klärung, die mit den früheren Forschungsapparaten nicht zu erreichen war; insbesondere war das Problem der Wasserbewegung im Atlantischen Ozean noch gänzlich ungeklärt. Nach einem ausführlichen Expeditionsplan, den der selbst im Verlauf der Expedition verbesserte Expeditionsleiter, Professor Mez, ausgearbeitet hatte, sollte die Völkergemeinschaft der deutschen Wissenschaft dem „Meteor“ die Aufgabe, den in seinen ozeanographischen Grundzügen schon bekannten atlantischen Ozean in systematischer Arbeit intensiv zu erforschen. Kurz umrissen fand im Vordergrund der wissenschaftlichen Tätigkeit die Ozeanographie mit dem Problem der ozeanographischen Zirkulation im Atlantik auf dem Gebiet von etwa 20 Grad Nordbreite bis zur antarktischen Eisgrenze. Zur Erkenntnis dieser Wasserbewegung waren die Beobachtung der feinen Unterschiede zwischen Temperatur und Salzgehalt und darauf aufbauend die Berechnung von Druck und Dichte des Meerwassers erforderlich, beglücken die Messung der Strömung an der Oberfläche und in den Tiefen. Im engen Zusammenhang mit diesen hydrographisch-physikalischen Fragen standen biologische Untersuchungen, da durch die Zirkulation des Meerwassers auch eine Verfrachtung seiner feinsten Organismen, des Planktons, stattfindet. Das Vorkommen und die Vermehrung dieser Organismen ist wiederum abhängig von der Verteilung der Atmungsgase und der wichtigsten Nährstoffe im Meerwasser, weshalb sich die chemischen Arbeiten in erster Linie auf Sauerstoff- und Stickstoffuntersuchungen erstreckt haben. Eine Reihe von Nebenaufgaben, wie Erforschung des Albatrossfluges, Studium der Wellenbewegungen der See und ähnliche, ergänzten den Expeditionsplan.

Zur Durchführung dieser Arbeiten sah der Reiseplan vor, daß 14 Querprofile von der Ostküste Südamerikas zur Westküste Afrikas durch den Atlantischen Ozean gelegt werden. Auf diesen Profilen wiederum waren zahlreiche Beobachtungsstationen vorzusehen, auf denen hydrographische Nebenmessungen angeheftet mit Wasser- und Grundproben genommen wurden. In dieser Art wurde im Laufe von zwei Jahren der Atlantische Ozean vierzehnmal überquert und durchlotet.

„Meteor“ war für seine Arbeiten mit Forschungsapparaten neuerer Konstruktion ausgerüstet, die ihn zu erheblich größeren Reisen befähigten als die Ausrüstung früherer Expeditionen. Vor allem ist die Tiefseelotung durch die Erfindung der Schallotung außerordentlich erleichtert. Während man mit dem Drahtlot früher mehrere Stunden für eine einzige Tiefseelotung brauchte und nicht einmal ein genaues Ergebnis erzielte, wird eine Echolotung in wenigen Sekunden erledigt. Das System des Echolots beruht auf der Messung der Zeitpanne, die ein vom Schiffskörper ausgehender Anall braucht, bis er, vom Meeressboden zurückgeworfen, wieder beim Schiff anlangt. Alle 20 Minuten hat „Meteor“ während der zweijährigen Expedition die Tiefe gelotet. Bis zum Ablauf der ersten vier Profile waren 20 744 Notungen registriert; bis zum Ende der Expedition dürften 70—80 000 Notungen vorgenommen sein. Die Seekarten des Atlantischen Ozeans, deren Flächen

bisher fast völlig leer waren, werden demnach bald mit diesem ungeheuren Zahlenmaterial angefüllt sein. Wie Perlenstränge ziehen sich die Notungen des „Meteor“ durch die riesigen Wasserflächen hindurch, über deren Untergrund bisher völliges Dunkel bestand. Es ist klar, daß hierbei verschiedene unerwartete Entdeckungen gemacht werden konnten. An ihrer Spitze steht die Entdeckung eines gewaltigen unterseefischen Gebirges in einem Gebiet, von dem man bisher allgemein eine Tiefe von etwa 4000 Meter annahm. Dieses Gebirge, das den Namen „Meteorbank“ erhalten hat, hat eine Ausdehnung und Höhe, die etwa den Alpen gleichkommt. Trotzdem war sie bisher nicht entdeckt und nicht auf den Seekarten verzeichnet. Die „Meteor“-Expedition war mit Schalloten verschiedener Konstruktion ausgerüstet, die damit ihre erste gründliche Erprobung erfahren haben. Sowohl die Tiefse-Echolote als auch das Behm-Echolot für Flachwasser haben sich gut bewährt. Die Matrosen des „Meteor“ haben mit der Zeit eine solche Gewandtheit im Abhören des Echos erworben, daß sie aus der Klangfarbe des Echos (scharf, rollend, verschommen) die Bodenzusammensetzung (felsig, abschüssig, schlammig) mit erstaunlicher Sicherheit angeben konnten. Die Benutzung der Schallote hat im übrigen die Vermutung bestätigt, daß die Drahtlotungen wegen Schleppfund und Durchgang des Fotobandes dazu neigen, zu großen Tiefen anzugeben. Im allgemeinen darf man in Zukunft den Echolotungen mehr Vertrauen als den Drahtlotungen entgegenbringen.

## Meteorbank

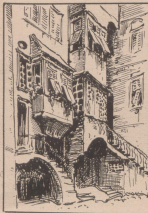


Auch auf den Gebieten der Ozeanographie, der Biologie, der Geologie und der Meteorologie ist umfassendes Beobachtungsmaterial gesammelt, dessen Silberung hier zu weit führen würde. Zahlreiche Beobachtungsjournale sind Seite für Seite mit Zahlen bedeckt und die Zahl der Wasserproben, die nach Deutschland zurückgebracht werden, dürfte einige Tausend betragen. Auf Jahre hinaus ist die deutsche geographische Wissenschaft mit Arbeitsstoff versorgt; Jahre dürfte es dauern, bis das gewaltige Forschungsmaterial durchgearbeitet und bewältigt ist. Einige Sonderhefte der „Annalen der Hydrographie“, der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde und der „Nachrichten für Seefahrer“ sind schon jetzt mit interessantem Stoff gefüllt und erscheinen und geben ein überraschendes Bild von der Mannigfaltigkeit der Forschungen.

Bei der Durchquerung des Atlantischen Ozeans hat „Meteor“ viele Häfen der südamerikanischen Ostküste, der afrikanischen Westküste und der antarktischen Inseln angelaufen. Überall hat man die deutsche Expedition herzlich und zuvorkommend aufgenommen. Mit Anerkennung und Bewunderung berichtete die Presse des Auslands von der Unternehmung, die dem Fortschritt der Wissenschaft dienen soll, ohne Deutschland einen unmittelbaren praktischen Nutzen zu bringen.

Wenn die deutsche Atlantische Expedition jetzt mit Ergebnissen in die Heimat zurückkehrt, die reich und wertvoll sind als diejenigen aller früheren Expeditionen, so liegt das an der vorbildlichen, weitgehend durchdachten Vorbereitung durch den verstorbenen Professor Mez und an der effizientesten modernen Apparatenausrüstung, die sie zu besonderen Leistungen befähigte. Es ist aber auch der Pflichttreue und Ausdauer der Expeditionsteilnehmer und der Schiffsbefehlshaber zu danken, die vom ersten bis zum letzten Tage unermüdet unter vielfach schwierigen und selten bequemen Umständen ihre Arbeiten durchführten. Von der Antarktis bis zum Äquator, in Eis und Schnee und unter der Tropenhitze hat die deutsche Atlantische Expedition viele Monate fern von der Heimat gearbeitet. Sind dem Deutschen Reich auch die Kolonien und die Machtmittel geraubt, mit denen es früher die Welt umspannte: Deutschen Geist und deutsche Wissenschaft kann man von der Welt nicht ausschließen. Die deutsche Atlantische Expedition hat der Geschichte deutscher Kulturaten ein neues Blatt hinzugefügt.





## Völkербундsarbeit und Minderheitenprobleme.

Don \* \* \*

Am Himmelfahrtstage wurde in Berlin die Jahresversammlung des Völkerverbandes der Völscherundgesellschaften eröffnet. Am gleichen Tag hielt Mussolini in seiner Eigenschaft als Innenminister die große Rede, in der er sich über die Tiroler Frage so sehr äußerte, daß selbst Optimisten darüber enttäuscht waren. Er bestritt ausdrücklich, daß die Schaffung der Provinz Bozen ein Entgegenkommen gegen die deutsche Minderheit bedeutet habe. Im Gegenteil! sei diese Verwaltungsmassnahme getroffen, um das so zusammengefaßte Gebiet wirksamer italienisieren zu können. An dem beiden Tagen, die der Kongreßöffnung vorausgingen, hatte sich die Minderheitenkommission des Völkerverbandes mit der Tiroler Frage beschäftigt. Das waren ungewisselt die interessantesten Debatten, die während des Kongresses stattfanden waren. Man soll die Rede-weise solcher Diktatoren nicht unterschätzen. Die Verurteilung der privaten Völscherundvereinigungen aller Länder ist, für den ersten Blick, überflüssig. Aber sollte zwischen den Diktatoren, die sich die italienische Regierung von Delegierten verschiedener Länder wegen ihrer Minderheitenpolitik machen lassen mußte, und Mussolini scharfen Worten nicht doch ein Zusammenhang bestehen? Wenn das der Fall ist, zeigt dieser Zusammenhang ebenso die Wirkungs-möglichkeiten wie die Wirkungsgrenzen dieser Völscherundarbeit.

Der Weltverband ist als Zusammenfassung der Vereine ent-  
standen, die in den verschiedenen Ländern für Völkerverbundspolitik  
nach jeweiligen nationalen Standpunkte auszuwerben. Er hat die  
Aufgabe, die Aktionen der verschiedenen Vereine zusammenzufassen,  
ihnen internationalen Nachdruck zu verleihen und alle die Fragen,  
welcher vorher oder später vor das Forum des Völkerbundes kommen  
können, in angemessenen Formen internationaler Kongresse  
und Konferenzen von Privatleuten zu erörtern, um möglichst durch  
solche Ausreden von Gesellschaften (später den Staaten und ihren  
Regierungen bestimmte Rechte) zu erlangen. Der Weltverband hat  
den Vorzug, daß in ihm auch Gesellschaften der Länder vertreten  
sind, die — wie etwa die Vereinigten Staaten — dem Völkerbund  
noch nicht angehören. Nur Aufstufung ist durch seine Vereinigung  
vertreten, die den übrigen Organisationen zu vergleichen wäre; dem  
Weltverband gehört vielmehr nur eine Emigranten-Gesellschaft mit  
Sitz in Paris an. Die Geschäfte dieses internationalen Verbands  
werden aber ein Sekretariat mit dem Sitz in Brüssel, das dem jähr-  
lich neu gewählten Präsidenten zur Seite steht. Generalsekretär ist  
ein Franzose; der Präsident und ein Engländer sind zweite Sekretäre.  
Die Arbeit vollzieht sich in folgenden Kommissionen, von denen  
die Minderheitenkommission die wichtigste ist. Der letzten Jahre  
weitens die wichtigste war; aus deren Tätigkeit erwuchs das  
Material, mit dem sich zwei- bis dreimal im Jahre der Generalrat  
beschäftigt, und das schließlich den Beschlüssen der jährlichen Haupt-  
versammlung zugrunde liegt. Im Generalrat hat jedes Land einen  
Sitz. Aus ihm bildet sich wieder das Büro, bestehend aus dem  
Präsidenten und den Vizepräsidenten, von denen ein Drittel jähr-  
lich aussteht. Außer den ständigen Kommissionen kann sowohl  
auf Verlangen einseitig als die Hauptversammlung jeder Zeit einzelne Kom-  
missionen einsetzen, um die wichtigsten Probleme des Völker-  
studiums im engen Kreise behandelbar zu machen. Die Minder-  
heitenkommission des Völkerbundes wiederholt in Unterkommissionen  
aufgeteilt, in denen gründliche Arbeit geleistet worden ist.

Es ist kein Zufall, daß die Minderheitenfragen in den letzten Jahren immer im Vordergrund der Diskussion gestanden haben.

zahlreiche nationale Gesellschaften fühlten sich verpflichtet, für ihre Kultur- und Sprachengruppen außerhalb der Landesgrenzen einzutreten. Die Bemühungen, die Behandlung der Minderheit zu verbessern, waren außerdem politisch und menschlich die dankbarsten. Viele andere Arbeiten des Weltverbundes hiefen gleich, nachdem sie geleistet waren, in Vergessenheit geraten, manche haben nicht einmal, während sie im Gange waren, das Interesse der Öffentlichkeit gefunden. Aber bei der Minderheitenfrage spricht das Publikum, das es sich um ein europäisches Problem von elementarer Bedeutung handelt. Die Anschaulichkeit der Lüste, von denen die Minderheiten betroffen sind, vermittelt ein richtiges Urteil. Gegenüber den oft abstrakten juristischen Fragen, die bei der Ausgestaltung des Völkerbundes zu lösen sind, und gegenüber der erstickenden Fülle von statistischen Materials, das für wirtschaftspolitische Vordränge durchgesehen ist, bedeutet die Beschäftigung mit menschlichen Kümernissen und Bedürfnissen, die das Gefühl umhelfen, so stark angehen wie den Verstand, eine willkommen und klare Aufgabe des Weltverbundes. Infolgedessen liegen hier auch die stärksten Wirkungen seines Bemühens, was man anerkennen muß, auch wenn man nicht verschweigen darf, daß sie immer noch bescheiden genug sind.

Die Schwierigkeiten bei der Behandlung dieser Fragen kennzeichnet das Beispiel „Südtrial“. Seit Jahren hat die Bevölkerung häufig des Brenner Anlaß zu schweren Klagen. Die Minderheitenkommission des Welserverbandes, die ihrer Aufgabe entsprechend solche Klagen zur Beratung stellt, um ihre Berechtigung mit Hilfe der Vertreter der beteiligten Gesellschaften zu klären, hat in diesem Zusammenhang eine Initiative zu ergreifen, auf der die italienischen Delegierten verstanden es ließe, diese Ausprüche zu hinterfragen, indem sie unendliche Diskussionen über Geschäftsordnung und Verfahrensvorschriften entzettelten. Die Kommission war maßvoll genug, trotzdem die Verträge nicht abbrechen und sich von dem manchmal befremdlichen Verhalten der Italiener nicht reißen zu lassen. Ihre Geduld ist allerdings dadurch sehr in Anspruch genommen worden, daß sie in der Kommission eine ausführliche Besprechung der Verhältnisse in Südtrial zuzufolge gekommen ist. Vor der öffentlichen Meinung sind dabei die Verteidiger der italienischen Methoden sehr schiedt weggekommen. Immerhin war es nicht möglich, einen Beschluß zu erzielen, der die italienische Einstellung gegenüber der neuartigen und damit selbst der heutigen internationalen Reglementierung vielleicht gewisse Anlässe hätte, mehr „ausgesprochen“ zu sein. Die Kommission hat sich abgesetzt und auf den Herbst vertagt, wo die Minderheitenkommission zu einer besonderen Sitzung zusammenzutreten wird.

Die Eigentümern im Aufbau der einzelnen Gesellschaften, die im Weltverband zusammen find, macht es aber gewissermaßen, als selbst verschiedene Befehle als Verhalten der Regierungen ändern würden. Denn die Gesellschaften sind nicht völlig frei; manche von ihnen stehen in so enger Verbindung mit ihren Regierungen, daß man fragen muß, ob sie ihnen nicht unterstehen. Das erschwert schon die Zusammenarbeit in der internationalen Organisation. Gelegenheit, das zu beheben, bietet jedoch die Weltgesundheitsorganisation, die angestrebt, als der Hinfuß des betreffenden Landes, es sein würde. Sie wehren sich gegen die Behandlung von Fragen, die bei ihnen in Laufe unternommen sind, und sie scheuen jeden Entschluß, um es

mit niemandem zu verderben. Ist trotzdem eine Entschickung zustande gekommen, was ja nicht dasselbe ist wie ein Entschluß, dann fühlen sich manche Regierungen, gerade wenn sie die Völkerverbündigung im eigenen Lande nicht besonders zu respektieren brauchen, auch durch die Resolutionen des internationalen Gremiums nicht besonders betroffen. Dem Weltverband aber fehlt natürlich jede Möglichkeit, seinen Beschlüssen praktische Geltung zu verschaffen. Die einzelnen Gesellschaften sind darum dazu übergegangen, sich immer mehr mit den Kräften zu verbinden, die auch sonst in der Politik ihres Landes entscheidend sind. So umfaßt heute die Deutsche Liga für Völkerverbund in ihrem Vorstand und Präsidium Vertreter aller großen Parteien des Parlaments. Aber wenn auch die Wirksamkeit ihrer Aktionen dadurch verstärkt ist, so ist sie doch in ihrer Aktionsfähigkeit natürlich eingeschränkt. Nachteile und Vorteile dieser Art haben sich auch in der internationalen Arbeit auf. Auch sonst ist es schwer zu entscheiden, ob die Beteiligung repräsentativer Persönlichkeiten aus allen Ländern, die jede für sich durch ihre Stellung in der Heimat vielfältig gebunden sind, mehr die Wirkung und Würde oder mehr die Stetigkeit und Unerblichkeit der Verhandlungen freiert. Es wäre falsch, nur diesem Dilemma die Augen zu verschließen. Es ist aber auch unmöglich, dagegen ein Mittel zu verschaffen. Denn es ist das gegebene Schicksal aller politischen organisatorischen Arbeit, in die Streitigkeiten zu geraten und dadurch schwerfällig zu werden.

So war denn auch der Eindruck des Berliner Kongresses mehr repräsentativ als zugkräftig. Die Verhandlungen hatten in richtiger Erkenntnis der vorhandenen Schwierigkeit auf den äußeren Rahmen der Veranstaltung die größte Mühe verwendet. Dadurch wurden die festlichen Sitzungen und Empfangsfeste wenigstens Ausdruck eines allgemeinen Bekenntnisses zur Völkerverbündung und wirkten doch dadurch auf das öffentliche Interesse. Natürlich soll das nicht heißen, daß die eigentliche Arbeit dabei zu kurz gekommen wäre. Im Gegenteil; in allen Kommissionen sind die Tagesordnungen mit erstaunlicher Konzentration erledigt worden, und der Kongreß hat sein Pensum bewältigt, ohne sich durch Übereilung zu schaden. Wohl aber ist die Rücksicht nach außen und die Bindung an Regierungen und Parlamente in den Verhandlungen wieder in ihrer doppelten Wirksamkeit deutlich geworden. Einerseits haben manche Resolutionen an Gewicht gewonnen, weil sie von diesem Kongreß angenommen wurden. Man denke nur an die Frage der Gefangenenerhaltung, die zunächst als eine Angelegenheit der inneren Landesverwaltung der Behandlung durch eine internationale Körperschaft ausdrücklich entzogen werden sollte. Aber andererseits ist andererseits nicht erörtert worden, was eigentlich allen auf der Zunge lag und

worüber auch hinter den Kulissen genug zu reden war. Alle Mächte haben sich davon überzeugt, daß die deutsche Öffentlichkeit die Forderung der Befestigung am Rheinland einfach nicht begreift. Trotzdem ist der Versuch der deutschen Delegation, eine fruchtbare Erörterung dieser Frage vorzubereiten, an den Abhängigkeiten der Delegationen anderer Länder gescheitert, und die deutsche Vertretung fühlte sich gleichfalls nicht frei genug, ihren Standpunkt rücksichtslos zu verteidigen. In der politischen Kommission ist zwar zu Protokoll gegeben worden, daß eine freundliche und auf wirklicher Verständigung gleichberechtigter und souveräner Staaten aufgebaute Mitarbeit am Völkerverbund für Deutschland solange unmöglich sei, als Teile seines Landes von Truppen ehemaliger Kriegsgegner besetzt blieben. Aber der Kongreß als Ganzes hat sich mit einer Resolution begnügt, in der nur der Wunsch ausgesprochen wurde, daß die Arbeiten des Völkerverbundes durch eine schnelle Lösung aller schwebenden Fragen erleichtert werden möchte, die jetzt den Grund zur Mißgunst bilden oder in Zukunft bilden könnten.

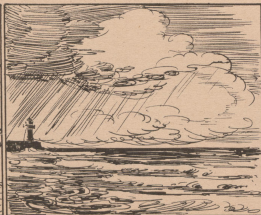
Das ist das innerlich richtige Programm für Völkerverbündung. Aber es ist hier aus höchst äußerlichen Gründen der Augenschein verstanden worden. Trotzdem wäre es falsch, sich durch dieses allzu diplomatische Verhalten einer privaten politischen Organisation enttäuschen zu lassen. Denn die bisherige Arbeit des Weltverbandes hat immerhin bewiesen, daß er sich um die Lösung solcher schwebenden Fragen ernstlich bemüht und ehrlich bestrebt ist, ein alle Nationen befriedigendes Ergebnis zu finden. Er wird damit nie ganz zum Ziele kommen und sicher auch selten den richtigen Weg finden. Aber seine Hilfe bei der Suche nach Lösungen, die der Gemeinlichkeit der Völker Rechnung tragen, ist für die unruhliche Politik von großem Wert — von um so größerem, als ja auch fast alle Regierungen darin einig sind, daß ein solcher friedlicher Weg gefunden werden muß, wenn es nicht zur Katastrophe kommen soll. Insofern ist das Tösen und Tappen, das manchem Temperament die Berliner Tagung etwas verleidet hat, nicht nur als Zögern und Unentschlossenheit zu beurteilen. Wer nur einen Weg zu geben hat, wäre leichtsinnig, wenn er es darauf ankommen ließe, davon abgelenkt und abzuweichen. Freilich ist es mit der Vorsicht allein nicht getan. Auch die Mitglieder des Weltverbandes der Völkerverbündungsgesellschaften darf man an die alte Regel erinnern, wie man sich am besten zurecht findet, wenn man im dunklen Wald den Weg verloren hat. Man soll nicht jeder Wurzel ausweichen und jeden Stamm ansteifen, sondern sich entschließen, nach den Sternen zu sehen; dann findet man als Steine zwischen den Stämmen die Wegrichtung vorgezeichnet, die man beim Bild vor die Füße nicht finden kann.

## Die Memelbeschwerte an den Völkerverbundsrat.

Im Artikel 99 des Versailler Vertrags mußte Deutschland auf alle Rechte und Ansprüche an das Memelgebiet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte verzichten und die Verpflichtung übernehmen, alle Bestimmungen dieser Mächte über das Memelgebiet anzuerkennen. Das Memelgebiet ist also nicht von Deutschland an Litauen unmittelbar abgetreten worden, und im Versailler Vertrag ist das spätere Schicksal dieses Gebiets sogar vollkommen offen gelassen. Daß die alliierten und assoziierten Mächte aber schon damals an eine spätere Zuteilung des Gebiets an Litauen gedacht haben, geht u. a. aus ihrer Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge zu dem ersten

Entwurf des Versailler Vertrags hervor, die der deutschen Delegation am 19. Juni 1919 in Versailles überreicht wurde. In dieser Antwort wird das Verbleiben des Memelgebiets unter deutscher Hoheit u. a. mit der Begründung abgelehnt, daß der Memeler Hafen Litauens einziger Ausgang zur See sei.

Es dauerte aber nahezu drei Jahre, bis der Völkerverbundsrat als Organ der alliierten und assoziierten Hauptmächte über die staatliche Zugehörigkeit des Memelgebiets entschied. Das Gebiet wurde zunächst im Februar 1920 einem französischen Gouverneur unterstellt, und in dieser Übergangszeit bemühte sich Polen lebhaft, das Memelgebiet



zugestanden zu erhalten. Da fielen im Januar 1925 die Litauer im Memelgebiet ein. Die französischen Besatzungstruppen leisteten ihnen keinen Widerstand, und der Besatzungsrat inkorporierte diesen litauischen Putz, indem er durch Beschluß vom 16. Februar 1925 das Memelland der Souveränität Litauens unterstellte. Es ist keine Frage, daß diese Entwidlung der Dinge und der Beschluß des Besatzungsrats das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung des Memellandes, die in ihrer überwiegenden Mehrheit bei Deutschland bleiben wollte, außer Betracht ließ. Wie fast trotz der Vertreibung der litauischen Sprache in diesem Gebiet das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland war, geht aus dem Umstand im Jahre 1921 von dem französischen Behörden veranlaßten Umfrage nur für 1,8 v. H. der Vorkursiler litauischer Elementarunterricht gewünscht wurde und daß von den 29 Abgeordneten des am 19. Oktober 1925 gewählten memelländischen Landtags 27 Deutsche waren.

Doch hier wie in so vielen Fragen der Nachkriegszeit gilt es, von dem Cataphana und den bestehenden Rechtsverhältnissen auszugehen. Diese bestehenden Rechtsverhältnisse sind in der Memelkonvention niedergelegt, die die alliierten und assoziierten Hauptmächte am 8. Mai 1924 mit Litauen abschlossen und deren wichtigster Anhang das Statut des Memellandes, Einzelbestimmungen über die Rechtslage im Memelland enthält. Daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte doch erkannt hatten, daß eine völlige Verschmelzung des Memelgebiets mit Litauen den tatsächlichen Verhältnissen dieses Gebiets nicht entspreche, geht aus der weitgehenden Autonomie hervor, die in diesen völkerrechtlichen Urkunden dem Memelgebiet zugesichert ist. Im Artikel 2 der Memelkonvention heißt es: „Das Memelgebiet bildet unter der Souveränität Litauens eine Einheit, die in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Finanzen innerhalb der Schranken des in Anhang A aufgestellten Statuts Autonomie genießt.“ und der Artikel 1 des hier erwähnten Memelstatuts lautet: „Das Memelgebiet bildet unter der Souveränität Litauens eine Einheit, die, nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut, in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Finanzen innerhalb der in dem vorliegenden Statut umschriebenen Grenzen Autonomie genießt.“ Diese Autonomie drückt sich vor allen Dingen darin aus, daß das Memelgebiet eine eigene Volkssvertretung besitzt. Der litauische Staatspräsident ernennt den Gouverneur des Memelgebiets, dieser wiederum ein fünfgliedriges Direktorium, das die vollständige Gewalt im Memelgebiet ausübt, aber das Vertrauen des memelländischen Landtags haben muß. Litauisch und Deutsch sind im Memelgebiet gleichberechtigte Amtssprachen.

Es war vorauszusetzen, daß es trotz dieser völkerrechtlich festgelegten Sonderstellung des Memelgebiets nicht ohne weiteres Kowno und Memel abgehoben würde. In Kowno sah man im Memelgebiet eine Irredenta und konnte sich daher nicht entschließen, die Autonomie des Memellandes sich nach den Bestimmungen der Memelkonvention voll auswirken zu lassen. Vielmehr war man bestrebt, das Memelgebiet enger mit „Großlitauen“ zu verbinden, ja, im Memelgebiet selbst litauisierend einzugreifen. Die überwiegend deutsch

empfindende Bevölkerung des Memelgebiets widersetzte sich diesen Bestrebungen, in denen sie eine Verletzung ihrer Autonomierechte sah, und sie wandte sich schließlich im Mai 1927, mit einer von führenden Persönlichkeiten des Deutschums unterzeichneten Beschwerde an den Völkerratsrat, der nach Artikel 17 der Memelkonvention für Streitigkeiten aus diesem Abkommen zuständig ist. Diese Beschwerde umfaßt acht Punkte. Ihr Inhalt ist kurz zusammengefaßt folgender: Die am 22. Januar 1927 von dem Gouverneur des Memelgebiets verfaßte Auflösung des memelländischen Landtags und die Nichtanerkennung von Neuwahlen wird als ungesetzlich bezeichnet; die Forderung der litauischen Regierung, auch litauische Staatsangehörige zu den Neuwahlen zuzulassen, die nicht Bürger des Memelgebiets im Sinne der Memelkonvention sind, wird für einen Eingriff in die Memelkonvention erklärt; dem zur Zeit amtierenden Direktorium wird die Rechtmäßigkeit abgesprochen; der Kriegszustand im Memelland wird als Verletzung der Autonomie des Memelgebiets charakterisiert; der litauischen Regierung wird vorgeworfen, daß sie im Widerspruch zum Memelstatut die finanzielle Autonomie des Memelgebiets noch nicht durchgeführt habe; in der Frage der kulturellen Autonomie wird die litauische Regierung beschuldigt, im Widerspruch zu dem Willen der Bevölkerung auf die Zusammenlegung der Lehrerkräfte in großlitauischem Sinne einzuwirken, deutsche Richter, Dozenten usw. zu verdrängen; eine Verletzung der Justizautonomie des Memelgebiets wird in der Länge der Kriegsverurteilung, der Verbindung des Zugangs deutscher Richter und der Ablegung eines deutschen Kongressgerichts gesehen; endlich wird eine Reihe von Fällen der Entlassung und Ausweisung von Beamten, ausgetauscht, die im Widerspruch mit Abmachungen über die mohlorwobenen Rechte der Beamten steht.

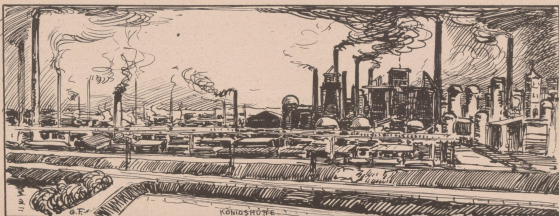
Die Memellandbeschwerde ist allen Mitgliedern des Völkerratsrats zugegangen. Die Regierung des Deutschen Reichs hat daraufhin das Sekretariat des Völkerratsrats gebeten, die Beschwerde auf die nächste nach Pfingsten stattfindende Tagung des Völkerratsrats zu legen. Nach Meldungen der litauischen Telegraphenagentur zu schließen, ist die litauische Regierung bemüht, eine Vertagung der Behandlung dieser Beschwerde herbeizuführen, da sie hierauf nicht hinreichend vorbereitet ist. Sachlich gerechtfertigt erscheint dieser Eindruck nicht, denn die einzelnen Punkte der Memelbeschwerde sind durch unmittelbare Vorfälleungen mit Verbindung der Memeldeutschen in Kowno längst bekannt. Auch aus politischen Gründen wäre eine Vertagung zu bedauern. Denn die Reichsregierung hat von Anfang an zu verstehen gegeben, daß sie die Beschwerde nicht deswegen aufnehme, um eine Polemik gegen Litauen zu führen, sondern um durch eine Klärung der strittigen Fragen des Memelstatuts vor einem unparteiischen Forum Reibungen aus dem Wege zu räumen, die die deutsch-litauischen Beziehungen in zunehmendem Maße belastet haben, während gerade eine vertragliche Ausgestaltung und Pflege dieser Beziehungen in beiderseitigem Interesse liegen würde. Auch dem Verhältnis zwischen dem Memelland und der litauischen Regierung ist in seiner Vergangenheit, wenn der gegenwärtige gespannte Zustand noch auf Monate hinaus fortbestehen und eine Entspannung verhindert werden sollte. So muß es vielmehr als eine dankbare und dringende Aufgabe des Völkerratsrats bezeichnet werden, ohne weitere Verzögerung von seinem hohen Amt als Schiedsrichter in der Frage der Memelbeschwerde Gebrauch zu machen.

## Die Not der Deutschen in Oberschlesien.

Das Genfer Abkommen über Oberschlesien, das eingehende Bestimmungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten in den beiden Teilen Oberschlesiens enthält, hat trotz der vorgesehenen internationalen Kontroll- und Ausschussinstitutionen nicht verhindern können, daß das Deutschum in Polnisch-Oberschlesien oder, richtiger gesagt, der deutschen Kultur zuzurechnende Teil der Bevölkerung dieses Gebiets in zunehmendem Maße Benachteiligungen und Verdrängungen ausgesetzt ist. Man muß dabei bedenken, daß in Oberschlesien mit seiner Minderbevölkerung es sich nicht um einen schiefen Gegensatz zwischen Deutschen und Polen an sich handelt, sondern um einen Kampf der deutschen und der polnischen Kultur um eine Bevölkerung, die sich erst allmählich national differenziert. Es war ein schwerer Irrtum, alle in Polnisch-Oberschlesien lebenden ethnographischen und sprachlichen Verhältnisse dieses Gebiets zu schließen, daß hier eine Bevölkerung vorhanden sei, die sich im Gegensatz zu Deutschland fähle. Nur durch eine von außen hineingetragene Agitation haben sich in Oberschlesien vor dem Krieg und während der Abzählung deutschfeindliche Strömungen gezeigt, und als es Polen gelungen war, einen Teil Oberschlesiens auszuliefern zu erhalten, haben sich der Tatsache gegenüber, daß die Bevölkerung an ihrer Eingliederung in die deutsche Kultur umso mehr scheitert, als sie durch die eigene Erfahrung zu der Auffassung kam, daß die polnische Kultur ihr und so der heranwachsenden Generation nichts als dem herabwürdigen und den Generationen nichts als dem wertigen bieten könne. So steht jetzt gerade

unter der polnischen Herrschaft trotz der fortgesetzten Verdrängung und Abwanderung deutschgeinnter Elemente der Prozeß des fortschreitenden Anschlusses der Bevölkerung an die deutsche Kultur fort, und diese Entwicklung hat die fanatische polnischen, zum großen Teil aus landfremden Elementen des Gebiets zu besonderer Erbitterung angefaßt. So erklärt es sich, daß die seit dem Übergang Op-Oberschlesiens an Polen vergangenen fünf Jahre keine Verablung, sondern eine Verschärfung des Nationalitätskampfes abgesehen haben. Besonders schuld trägt in dieser Hinsicht der polnische Wojewode in Katowitz, Brzezinski, der die fanatische Deutschhede und Deutschenverfolgung nicht nur passiv duldet, sondern auch aktiv ermuntert und fördert.

Für diese traurige Betätigung fand der polnische Chauvinismus in den letzten Monaten ein reiches Arbeitsfeld. Da vor zunächst die Frage der Gemeinderewertungen. Die Gemeinderewahlen in Polnisch-Oberschlesien am 14. November 1926 hatten überwiegend Erfolg des Deutschums gezeitigt. Da auf rechtmäßige Weise hiergegen nichts zu machen war, mußten Ausnahmemaßregeln geschaffen, mußte blutige Gewalt zu Hilfe gerufen werden. Eine Reihe von Gemeinderäten wurden für ungesetzlich erklärt und bei den Nachwahlen mit wachsendem Eifer vertrieben. Der wichtigste Schritt in dem Prozess zur Verdrängung des Deutschums am 15. Mai 1926. Außerdem haben die ober-schlesische Landtag ein Gesetz an, das den Wojewoden gestattet, jede Gemeinderewertung aufzulösen und durch Regierungsbeamte zu ersetzen.



Ein zweites Gebiet, auf dem es galt, die Fortschritte des Deutschtums gewaltsam zu unterbinden, bildete die Schulfraße. Den zunehmenden Anbruch zu den deutschen Minderheitsschulen hatte die polnischen Schulbehörden vergeblich durch die ungesellige Zurückweisung von Tausenden von Kindern zu hemmen gesucht. In dem deutsch-polnischen Kompromiß in Genf auf der Märztagung des Völkerbundrats war eine praktische Lösung dieses Konflikts vereinbart worden, wonach ein Teil der betreffenden Kinder sofort in die deutschen Schulen aufgenommen und ein anderer von einem Schweizer Schulmann auf seine sprachlichen Kenntnisse geprüft werden sollte. Dieses Kompromiß haben die polnischen Behörden nur zögernd und im geringen Umfang ausgeführt. Dafür haben die schweren Prekationen auf die Eltern eingelegt, die ihre Kinder in deutsche Schulen schicken wollen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß der berühmte Weimarerverein hierbei mit Behörden und Geistlichkeit zusammenarbeitet. Zugleich wurde mit der Entlassung eines großen Teils der deutschen akademischen Lehrkräfte in den deutschen Mittelschulen in Katowice und Königsblüte ein Vorstoß zur Polonisierung dieser Schulen gemacht.

Endlich gab die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, die das Ende des englischen Kohlenarbeiterstreiks mit sich brachte, den deutsch-feindlichen Vorkommnissen Gelegenheit, bei Arbeiterentlassungen zunächst solche Arbeiter zu treffen, die einer deutschen Gewerkschaft angehörten, ihre Kinder in deutsche Schulen

schickten, oder sonst ihre deutsche Gefinnung zum Ausdruck brachten, oder sie unter dem Druck der Entlassungsdrohung zu zwingen, sich polnischen Organisationen anzuschließen und ihre Kinder polnischen Schulen anzuliefern. Derartige ungesellige Fälle sind in großer Zahl nachweisbar. Mehrfache Wahlen von Betriebsräten aus der letzten Zeit haben freilich gezeigt, daß mit solchen Gewaltmaßnahmen eine innere Verbindung mit dem Polentum nicht erreicht wird, sondern daß die betreffenden Leute doch und erst recht bei ihrer deutschen Gefinnung bleiben.

Seit Korfanty mit seinem ursprünglichen Anhang in Oberschlesien zerfallen und selbst dem Terror dieser Kreise ausgelegt ist, finden sich auch in polnischen Blättern Stimmen, die von einer Annäherung in Oberschlesien schreiben und den Behörden Unfähigkeit vorwerfen. Solange nur die Deutschen betroffen waren, regte sich für sie keine polnische Stimme und selbst das Deutschenprogramm in Rybnitz hat die offizielle „Epoka“ in Warschau zu belächeln und zu unterschätzen gesucht. Es ist aber kein Zweifel, daß diese polnischen Gewaltmaßnahmen letzten Endes innere und außenpolitisch auf Polen selbst zurückfallen und sich rächen werden, und die führenden polnischen Staatsmänner sollten sich ernsthaft überlegen, wie den Zuständen in Oberschlesien, die eines europäischen Rechtsstaates unwürdig sind, schnellig ein Ende gemacht werden könnte.

## Das Ringen zwischen Wasserkraft und Kohle.

(Zum Ausbau der Wasserkräfte in der Welt.)

Von Dr. Walter Ebert.

Der europäische Kohlenmarkt hat in den letzten Jahren unter wachsenden Absatzschwächen zu leiden. Der Streit der englischen Steuergesetze im Jahre 1920 und die dadurch bedingte Produktionsminderung von Kohle hat diesen Zustand nun ganz verändernd zu verwickeln vermocht. Aber nur zum Teil ist die verminderte Nachfrage nach Kohle auf die barmherzige wirtschaftliche Konjunktur zurückzuführen. Die Hauptursachen sind vielmehr — neben den Fortschritten in der Wärmeentwicklung, die eine bessere Ausnutzung der in der Kohle verborgenen Energie ermöglichen, und neben der Zunahme der Erzeugung von rd. 20 Millionen t im Jahre 1913 auf fast 150 Millionen t im Jahre 1925 — in der erhöhten Ausnutzung der in der Welt vorhandenen Wasserkräfte zu suchen. Für sie ist die Bezeichnung „weiße Kohle“ in den Sprengkreuzen eingegangen. Man versteht darunter die Energie, die in den zu Teil riesenden Wasserläufen, in Stürmen, Flüssen, Wasserfällen und Staudämmen sich der Menschheit in unerhofflicher Menge bietet, erzeugt in dem ewigen Motor der Natur durch Verdunstung und Niederschlag des Wassers.

Lange vor Beginn der Maschinenanwendung hat man die Bedeutung der Flußläufe und Wasserfälle für gewerbliche Zwecke erkannt und nutzbar zu machen gesucht, hat Wasserräder und ähnliche primitive Vorrichtungen angelegt, insbesondere zum Betrieb von Mühlen usw. Von entscheidender Wichtigkeit für die Energiewirtschaft sind jedoch die Wasserkräfte erst in neuerer Zeit durch die Erfindung rationaler Methoden zu ihrer Ausnutzung, namentlich durch die Elektrifizierung, geworden. Das Problem mußte zunächst gelöst werden: die Verwertung der motorischen Energie unabhängig zu machen vom Ort ihrer Erzeugung; sie auch nach weit entfernt liegenden Verwendungsplätzen zu leiten. Erst seit dies gelungen ist, seit der elektrische Strom die Bindung der Kraft an einen Ort be-

grenzten Anwendungsbereich aufgehoben hat, haben die Wasserkräfte ihre eigentliche Bedeutung für den Wirtschaftsprozeß der Welt gewonnen.

Wo früher an Stromläufen und Wasserfällen einfache Wasserräder liefen, deren Energie an Ort und Stelle im Gewerbebetrieb ausgenutzt werden mußte, stehen heute große Kraftwerke zur Erzeugung elektrischen Stroms, der mit Hilfe der neuzeitlichen Hochspannungstechnik Hunderten von Kilometern weit weggeführt werden kann. Die Verwertung der Wasserkräfte ist nahezu ungenutzt geblieben. Der in den großen Wasserwerken erzeugte elektrische Strom versorgt Fabriken und treibt Maschinen weit entfernter Industriestellen. Der technische Fortschritt im Ausbau der Wasserkraft hält Schritt mit ihrer wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung.

Die Ursachen dieser für die Zukunft der Energiewirtschaft hochbedeutenden Entwicklung liegen im Wesen der Wasserkraftsausnutzung selbst. Die Wasserkraft ist unerschöpflich. Mit Hilfe der Turbinen schafft sie unermessliche Werte — ohne Verwendung teurer Betriebsstoffe, wie Kohle usw. Man kann sagen: ein mit Dampfmaschinen betriebenes Elektrizitätswerk verwandelt Kohlen, die ihrerseits erst gefördert und herangebracht werden müssen, und die ebenfalls beträchtliche Werte darstellen, in elektrischen Strom; ein Wasserkraftwerk verbraucht nur Energien, die, unerschöpflich und sich immer wieder erneuernd, aus den unerschöpflichen Quellen der Natur selbst gefördert werden. Gewiß gehören zu einem Wasserkraftwerk große wertvolle Anlagen; aber bis auf die der Abnutzung unterworfenen Maschinen



(Wasserturbinen, Dynamos usw.) sind die Anlagen von dauerndem Wert. Sie beanspruchen im übrigen geringe Unterhaltungskosten.

So erklärt es sich, daß das Interesse insbesondere in den nördlichen Gebieten, die gewissermaßen als Erbschaft dafür, über geeignete Gefälle oder Seen verfügen, sich der Ausbeutung dieser Energien in immer höherem Maße zuwenden. Vorübergehende Knappheit an Kohle während des Krieges und den ersten Nachkriegsjahren haben diese Bestrebungen weitestgehend gefördert, um so mehr, als Fortschritte auf dem Gebiet der Starkstrom- und Turbinentechnik und des Turbinenbaus die technischen Schwierigkeiten der Energieerzeugung und -übertragung nahezu völlig beseitigt haben. Kiensteig sind die Möglichkeiten, die Wasserkraft der Welt wirtschaftlichen Zwecken nutzbar zu machen. Welche Anstrengungen hat man bisher gemacht, sie zu erschließen? Und wieviel ist ihr Ausbau gebieten? Einen Überblick über die vorhandenen Möglichkeiten bietet eine Schätzung, die amerikanischen Geologen und Ingenieure auf Grund umfassender Forschungen über den Weltvorrat an Wasserkraften und ihre wirtschaftliche Ausbeutung im Auftrage des Geological Survey der Vereinigten Staaten vorgenommen haben. Geht man von den Ergebnissen dieser sorgfältig angestellten Berechnungen aus — sie geben den Stand von 1923 wieder —, so gewinnt man von der Verteilung des Weltvorrats an Wasserkraften auf die einzelnen Erdteile und von dem verschiedenen Grad ihrer Ausnutzung ein Bild, das die beigegebene graphische Darstellung zu veranschaulichen sucht.



Allgemein zeigt sich, daß die vorhandenen Wasserkraften in allen Erdteilen nur zu einem geringen Teil ausgenutzt sind. In manchen Kontinenten, in Afrika vor allem, haben sie bisher so gut wie gar keine wirtschaftliche Verwendung gefunden. Das überwiegt auf dem Gebiet der Erschließung der Wasserkraften international erreicht wurde, ist im übrigen das Ergebnis der jüngsten Vergangenheit, nachdem Wissenschaft und Technik die Vorbedingungen hierzu geschaffen hatten. So wurden in Europa zum Beispiel im Jahre 1921 nur 8,88 Millionen PS mit Hilfe von Wasserkraft erzeugt; im Jahre 1923 waren es bereits 12,5 Millionen PS. Das bedeutet eine Zunahme allein in Europa um 36 v. H. Die Zunahme in der Welt überhaupt beträgt im gleichen Zeitraum 26 v. H.; von 22,83 Millionen PS stieg sie auf 28,91 Millionen PS.

Von den Erdteilen birgt, das zeigt das Schaubild weiter, die weitaus größten — freilich noch fast gänzlich ungenutzten — Wasserkraften Afrika. In den gewaltigen Strömen und Wasserfällen dieses Erdteils schlummern ungeheure Energiemengen — man denke nur an die Millionen Pferdestärken, die lediglich in den Wasserfällen und Stromschnellen des Kongo eingeschlossen sind. Die Umwandlung aller dieser Kräfte in elektrische Energie würde, wie Wortzinski („Die Welt in Zahlen“, S. 33) feststellt, mehr als hinreichen, um Europa und die ganze alte Welt überreichlich mit motorischer Kraft, mit Heizung und Beleuchtung zu versorgen. Wann es jedoch wirtschaftlich zweckmäßig und technisch möglich sein wird, diese gewaltigen Wasserkraften Afrikas zu erschließen, ist ein Problem, dessen Lösung späteren Zeiten vorbehalten bleiben muß.



In zweiter Stelle unter den Erdteilen folgt Amerika (Nord- und Südamerika). Insbesondere der Reichtum der Vereinigten Staaten an Wasserkraften ist bemerkenswert. Sie besitzen allein rd. 23 Millionen PS ausgenutzte Wasserkraften, von denen annähernd 10 Millionen PS bisher wirtschaftliche Verwendung gefunden haben. Allein auf die sehr günstig gelegenen Niagarafälle entfallen nicht weniger als etwa 6 Millionen PS, und damit haben die Amerikaner — hauptsächlich mit Rücksicht auf das Landschaftsbild um die Fälle — noch nicht einmal die ganze Leistungsfähigkeit des Niagara ausgenutzt.

Hinter Amerika folgen, was den Bezug an ausgenutzter Wasserkraft anlangt, Asien und Europa. Dabei sieht man, daß das industriell noch sehr schwach entwickelte Asien, im Gegensatz zu dem hoch industrialisierten Europa, nur einen verschwindend geringen Teil seiner Wasserkraftenergie wirtschaftlich erschlossen hat.

Beziehen auch die Angaben über die in der Welt vorhandenen Energiequellen, die in der Stromerzeugung und dem Gefälle des Wassers der Erzeugung harren, und den Umfang ihrer Erzeugung auf Schätzung — ein annäherndes Bild der Wirtschaftlichkeit dürfte sie doch vermitteln.

Den verschiedenen Anteil wichtiger europäischer Länder an den vorhandenen Wasserkraften und den Grad ihrer wirtschaftlichen Ausnutzung verdeutlicht das folgende Schaubild:

Deutschland steht, wie wir sehen, nach der amerikanischen Berechnung, von der andere Schätzungen allerdings abweichen, unter den europäischen Ländern hinsichtlich seines Vorrats an Wasserkraften auf hoberer Stelle. Hinter andere europäische Länder, insbesondere Spanien, Italien und Frankreich, die die Ausnutzung ihrer Wasserkraften am meisten gefördert haben, bleibt Deutschland zurück. Betrug z. B. die Steigerung von 1921 bis 1923 in Spanien 67 v. H., in Italien 57 v. H., in Frankreich 50 v. H., so erreichte sie in Deutschland im gleichen Zeitraum nur die Höhe von 10 v. H. Allerdings haben gerade die letzten drei Jahre den weiteren Ausbau der deutschen Wasserkraften nicht unerheblich gefördert.

Allgemein zeigt sich, daß der Stand der Wasserkraften eines Landes im wesentlichen abhängig ist von der Strömung und dem Gefälle seiner Flüsse, die wiederum in der Hauptsache durch die Beschaffenheit der Erdoberfläche bedingt werden. So erklärt es sich, daß Länder von gebirgiger Natur, im Gegensatz zu ebenen Gebieten, das größte Referat an Wasserkraft besitzen in Europa vor allem Skandinavien und die Alpenländer — und daß auf deutschem Boden der überwiegende Teil der Wasserkraften sich in Süddeutschland konzentrierte. In den Ländern Bayern, Baden und Württemberg ruhen die bedeutendsten Wasserkraften Deutschlands, und gerade in diesen feinstocheligen Gebieten werden sie als wertvoller Erbschaft für die Kohle herangezogen. Hingewiesen sei hier nur auf die großen Anlagen des Waldenferkraftwerks, auf die Kraftwerke a. Jiar, Inn und Lech und die Schwarzenbach-Talsperre im Schwarzwald.

Der Ausbau der Wasserkraften befindet sich, in Deutschland wie in den anderen Ländern, noch im vollen Fluß der Entwicklung. In eifrigsten Bemühungen sucht die moderne Technik die rationelle Er-

fassung und Bewirtschaftung der weissen Kohle zu ermöglichen und zu vervollkommen. Als einen Fortschritt zu diesem Ziele sind in neuerer Zeit auch Wasserkraftspeicheranlagen anzusehen, die ihre volle Bedeutung erst in Zukunft erlangen werden. Es sind künstlich geschaffene, höhlenartige Stauden, in die das Wasser tiefer gelegener Flüsse durch Rohrleitungen gedrückt wird. Ein solcher Wasserspeicher kann durch Schaffung eines künstlichen Sees auf einer Hochebene oder durch Abriegelung höher gelegener Seitentäler gebildet werden. Das dort aufgespeicherte Wasser läuft dann durch die gleichen Rohrleitungen wieder den Berg hinunter, tritt mittels Turbinen Dynamomaschinen an und verwandelt so die aufgespeicherte Kraft wieder in Elektrizität.

Durch den Ausbau derartiger Wasserspeicheranlagen wird, über die erhöhte Wirtschaftlichkeit der Wasserkraftsausnutzung hinaus, ein internationaler Austausch von Energie ermöglicht. Für die Verorgung eines Landes wird, wie der Direktor der Siemens-Schuckertwerke Dr. Werner ausführt, in Zukunft nicht nur die heimische Wasserkraft in Frage kommen, sondern je nach Bedarf wird auch auf mit Wasserkraften besonders ausgestattete ausländische Gebiete zurückgegriffen werden können. So wird es beispielsweise möglich sein, norwegische, schwedische, finnische Wasserkraft, die in ihrer Leistungsfähigkeit nahezu unbegrenzt sind, nach den mitteleuropäischen Ländern zu übertragen, und die gewaltigen Wasserkraft der Alpen werden, je nach der Möglichkeit wirtschaftlicher Ausnutzung, nach Italien, Frankreich, Deutschland und Österreich geleitet werden können. Die Verwertung der weissen Kohle wird also in Zukunft über die engen Grenzen eines Landes hinauswachsen: die Ausnutzung der Wasserkraft, namentlich in den von der Natur besonders reich bedachten Ländern, wird damit ein weltwirtschaftliches Problem geworden sein.

Wir sehen, wie wir leben, alles in allem erst am Anfang einer rationalen Wasserkraftwirtschaft in der Welt. Noch harren die Energiespeicher, die den Menschen freigegeben von der Natur geboten werden, zum weitaus größten Teil ihrer wirtschaftlichen Zugabemachung. Welche gewaltigen Kräfte im fallenden und strömenden Wasser ruhen erhebt am besten aus einem Vergleich mit dem Energieinhalt der Kohle. In Kilowatt umgerechnet, stellt die in der Welt nutzbar zu machende Wasserkraft das Vierfache der Energie dar, die aus der Jahresförderung der Welt an Kohlen von rund 1,2 Milliarden Tonnen gewonnen werden kann.

Die Frage, ob durch die fortschreitende Erschließung der Wasserkraft in der Welt die wirtschaftliche Bedeutung der Kohle herabgemindert werden wird, ist aber doch zu verneinen. Sie bleibt nach wie vor der kostbare Rohstoff, der auf manchen wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens nicht durch elektrische Energie ersetzt werden kann, wenigstens die Verwendung der Kohle als Heizstoff zum Antrieb von Kraftmaschinen mehr und mehr eingeengt wird. Sie bleibt, beispielsweise, bei der Erzeugung von Eisen im Hochofenprozess, bei der Produktion von Kautschuk und als Rohstoff in der chemischen Industrie unentbehrlich. Sollte sich endlich die Verfüllung der Kohle, die technisch bereits durchgeführt werden konnte, in einem wirtschaftlichen Verfahren ermöglichen lassen — und es scheint, als sei man der Lösung dieses Problems bereits nahegekommen —, so würde sich für die Kohle eine neue wichtige Verwendungsmöglichkeit eröffnen, die ihr die frühere Bedeutung in vollem Umfange zurückgeben würde.

Das Ringen zwischen Wasserkraft und Kohle stellt sich, unter diesem Gesichtswinkel gesehen, dar als eine notwendige Verflechtung in der rationalen Verwertung der in der Welt zur Verfügung stehenden Energie, ermöglicht und gefördert durch die Fortschritte der modernen Technik.

## Englands Konflikte mit Rußland und Ägypten.

### I.

Die englische Note an die Sowjetunion mit der Aufforderung der diplomatischen Beziehungen nach einer lange bestehenden Gegenseitigkeit zu einem offenen Konflikt werden lassen, der wegen seiner möglichen Auswirkungen zur Zeit die weltpolitische Situation beherrscht. Die Note war an sich eine unangenehme Folge der mit Gewaltmitteln durchgeführten Hausung in den Räumen der unter dem Namen Xizos bekannten Allrussischen Kooperativen Handelsgesellschaft, durch die die englische Regierung sich jede Rückschlagsmöglichkeit, den offenen Bruch mit Rußland zu vermeiden, verweigerte.

Es ist nicht auf den ersten Blick zu erkennen, was die englische Regierung mit ihrer Entschliessung zum Bruch mit Rußland bezweckte und warum sie gerade den jetzigen Zeitpunkt zur Ausführung dieser Entschliessung wählte. Es mag als richtig unterstellt werden, daß die russische Sowjetrepublik durch ihre Agenden in Verbindung mit kommunistischen Kreisen in England hand. Und es liegt nahe, daß die Kommintern an der Finanzierung der kommunistischen Bewegung in England nicht ganz unbeteiligt war. Aber bedeutet dies im Ernst eine innerpolitische Gefährdung des englischen Staates? In keinem Lande des Kontinents — das Italien Mussolinis ausgenommen — ist das Stäbverhältnis der kommunistischen Partei zu den übrigen ungenügender für den Kommunismus, als im Vereinigten Königreich.

Das außenpolitische Moment, das für den Bruch angeführt wird, wirkt ebensowenig überzeugend. Denn die Bedrohung des britischen Weltreiches war vor einigen Monaten, als die von Moskau unterstützte Komintern-Partei militärisch die Oberhand zu gewinnen schien, größer als in den Tagen, als sich die englische Regierung zum Bruch mit den Sowjets entschloß, obwohl gerade zu diesem Zeitpunkt es den Anschein hatte, als ob die bolschewistische Hanau-Regierung in der Zusammenarbeit der nationalitäten und den Lordgruppen ihre letzte Greifzugmöglichkeit verloren hätte. Vor einigen Monaten hatte Chamberlain trotz der ersten Bedrohung britischer Interessen durch den russischen Einfluss in Südrussland den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland ausdrücklich im Parlament als unvernünftig bezeichnet. Damals sagte der Leiter der englischen Außenpolitik, man müsse Rußland Gelegenheit geben, darzutun, daß es von den Methoden der Verurteilung fremder Länder abstehe. In der Zwischenzeit sind Bemühungen für eine Beilegung des englischen Staatslebens durch Rußland nicht erbracht worden und insbesondere durch die Hausung in der Xizos nicht zutage gefördert worden.

Die Anordnung dieser Durchdringung, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen auf alle Fälle unvermeidlich machte, erfolgte erst nach monatelangen Auseinandersetzungen innerhalb der im Parlament eine übermächtige absolute Mehrheit behaltenden Konserverativen Partei und innerhalb des Kabinetts bei denen in der Partei, die als „Diehards“ bezeichneten Draufgänger und im Kabinett die harten Persönlichkeiten Churchills, Lord Birkenhead

und vor allem des Innenministers Sir Jornton Hicks, über die rubigen und konsultative Art des Premierministers Baldwin und seines Außenministers Chamberlain den Sieg davontrugen.

Die Beweggründe dieser schließlichen Entscheidung sind in Dunkel gehüllt, und man kann nur mutmaßen, daß hierbei parteipolitische Erwägungen ausschlaggebend gewesen sind. Die außenpolitische Ablehnung von der Parlamentsberatung des im Lande unbeliebten Gewerkschaftsgesetzes war willkommen. Auch hofft man wohl in konserverativen Kreisen, daß bei den nächsten Wahlen, deren Aufhebung man forcieren möchte, der Wähler der „russischen Gefahr“ sei als ebenso zugängig erweisen möge, wie der „Sinowim-Beis“ bei den letzten Wahlen.

Die englische Regierung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland eher innen- als außenpolitische Ziele verfolgt, ergibt sich auch aus den ausdrücklichen Erklärungen Chamberlains, daß das Verhalten gegenüber Rußland eine isolierte Handlung sei und nichts an der Fortführung der Locarnopolitik ändere. Nicht einmal die Fortführung des privaten englischen Handels mit Rußland soll durch den Abbruch der offiziellen Handelsbeziehungen berührt werden. Insofern ist der Bruch eine Halbheit.

Dramatische internationale Entwicklungen sind aus der aus innerpolitischen Motiven herorgegangenen außenpolitischen Geste Englands vorläufig nicht herauszuheben. Freilich wird der Konflikt mit England für Rußland allmählich auf wirtschaftlichem Gebiet unangenehme Folgen insofern zeitigen, als ihm die ausländische Kreditgewährung mit der Zeit voraussichtlich fast gänzlich abgeschnitten werden wird.

### II.

Entgegen der rein negativen Politik gegenüber Rußland verfolgt England mit seiner in die gleiche zeitliche Phase fallenden Note an die ägyptische Regierung bestimmte positive Forderungen, die es mit der nicht misszuverstehenden Entsendung mehrerer Oberbeobachters in ägyptische Gemäuer wirkungsvoll unterstützt. Wenigleich der Wortlaut dieser Note nicht befehlsgemäß ist, so weiß man doch aus gleichlautenden Verlautbarungen in London und Kairo, daß es sich in der Hauptsache um die Sicherung des englischen Einflusses auf die militärische Macht Ägyptens und insbesondere um die Wiederherstellung der Privilegien des englischen Oberbefehls, des sogenannten Sidarais, handelt.

Zum Verständnis der jetzigen englisch-ägyptischen Krise muß auf die Deklaration des Jahres 1922 zurückgegangen werden, in der die damalige englische Regierung ihr seit dem Kriegsjahre 1914 offiziell bestehendes Protektorat über Ägypten als beendet und Ägypten als souveränen unabhängigen Staat erklärte.

Allerdings hielt sich die britische Regierung im § 3 der Deklaration durch Erklärung des status quo bis zum — nie getätigten — Abschluß weiterer Vereinbarungen in vier Punkten das Recht des Handels nach eigenem Ermessen vor in Fragen betreffend:

1. den Sudan,
2. den Suezkanal, insbesondere die englischen Weltverkehrsverbindungen,

3. die auswärtigen Beziehungen, insbesondere die Verteidigung Ägyptens gegen ausländische Angriffe und gegen unmittelbare oder mittelbare Einmischungen,
4. das Fremdenrecht, insbesondere den Schutz der Ausländer und der Minoritäten in Ägypten.

Um in diesen vier Punkten im Notfall durchgreifen zu können, sollte der Pasha des Sidra, d. h. des Oberbefehlshabers der ägyptischen Armee, auch weiterhin in Händen eines von London ernannten englischen Militärs bleiben. Damals kam der ägyptischen Armee, von der ein größerer Teil im Sudan und nur ungefähr 3000 Mann im eigentlichen Ägypten garnisonierte, schon zahlenmäßig lediglich die Bedeutung einer Polizeitruppe zu. Die Stäbe des ägyptischen Generalstabs und zahlreicher Abteilungen waren im Jahre 1922 fast durchweg mit englischen Offizieren besetzt, so daß die ägyptische Armee unter unmittelbarer englischer Kontrolle stand. Die Zahl der englischen Offiziere betrug damals 172.

Das alles änderte sich, als nach der Ermordung des Sidras und Generalgouverneurs des Sudans, Sir Eliaf, und den Unruhen in Khartum die ägyptischen Truppen aus dem Sudan zurückgezogen wurden und hierdurch die in Ägypten befindliche Truppenzahl auf das Doppelte erhöhte, während die Zahl der englischen Offiziere durch Abkürzungen der abgelaufenen Kapitulationsverträge von 172 auf 9 zusammengekommen ist.

Die Beziehungen, die von den englischen Vorrechten zu befreiten, setzen mit größtem Nachdruck ein, als nach Aufhebung der Wahlbeschränkungen im Jahre 1926 die von Zaghal geführte Wafd-Partei die absolute Mehrheit im ägyptischen Parlament erhielt. Ein besonderer Parlamentsauschuß für militärische Angelegenheiten wurde eingesetzt, dessen als Unterlage für den neuen Militärhaushalt bestimmter Bericht am 23. Mai d. J. veröffentlicht wurde. Dieser Bericht, der den unmittelbaren Anlaß zu der durch die Flotten demonstration unterstützten englischen Forderung hat, empfiehlt den sofortigen Ausbau der ägyptischen Armee und die beschleunigte Durchführung ihrer modernen Bewaffnung, ferner empfiehlt der Ausschuß dem Parlament die Ablehnung der Kredite in Höhe von 750 000 ägyptischen Pfund für die Sudan-Armee mit der Begründung, daß der Sudan dem ägyptischen Einfluß durch

England entzogen sei und daß dem Parlament über die Verwendung der Gelder keine Information zugehe. Der Kernpunkt der Krise liegt aber in der Empfehlung des ägyptischen Parlamentsauschusses an die Kammer, die Kredite für den Etat des englischen Sidras abzulehnen. Hierzu ist zu sagen, daß England zur Schonung der ägyptischen Empfindlichkeit die Stellung des Sidras seit der Ermordung Sir Eliafs unbefristet gelassen und sich mit einem, allerdings mit gleicher Machtvollkommenheit befehlenden kaiserlichen Siegel begnügt. Diese Stellung hat zur Zeit der englische Generalmajor Spinks inne, der damit gleichzeitig Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee ist. Gegen die Aneignung der Aufhebung des Sidras nimmt die englische Regierung so energisch Stellung, weil mit seinem Verlust die stärkste Position englischen Einflusses in Ägypten verlorengehen würde.

In der ägyptischen Kammer führte die englandfeindliche Stimmung gleichzeitig zu einer erregten Debatte darüber, daß der englische Oberkommissar Lord Lloyd in Oberägypten gelegentlich seines Besuchs in einer Notablenversammlung sich von den lokalen Würdenträgern offiziell empfangen ließ. In einer einstimmigen Resolution erwidert das ägyptische Parlament in diesem Bezug einen ungeschwächten Einspruch des englischen Oberkommissars in die inneren Angelegenheiten Ägyptens, die die Befragung der ägyptischen Provinzialbeamten, die an dem Empfang teilgenommen hatten, erforderlich mache.

Wie sehr sich aber auch die Stimmung in Ägypten gegen die Engländer verhärtet hat, so ist die Überzeugung der englischen Note an den ägyptischen Premierminister Sarwat-Pasha, die der Entlassung englischer Machtmission in China und dem energischen Vorgehen gegen Rußland folgte, offensichtlich nicht ohne Eindruck geblieben, zumal sie durch die Flotten demonstration als Ausdruck englischer Machtmissionen unterstützt wird. Wenn aber die ägyptische Regierung die Erkenntnis gewonnen hat, daß Chamberlain unter dem Einfluß des rechten Flügel der Konföderation gegen über den Völkern des Orients die starke Hand zu zeigen gewillt ist und danach sein Handeln einrichtet, so wird sie trotz des Drucks der Zaghalisten dem englischen Verlangen nach Wiederherstellung des englischen Einflusses in der Heeresverwaltung nachgeben.

## 50 Jahre Generalverband der Raiffeisengenosenschaften.

Von Dr. Bruno Raucher.

Am 26. Juni feiert der Generalverband der deutschen Raiffeisengenosenschaften in Neuwied sein 50jähriges Jubiläum. Es verlohnt sich, bei dieser Gelegenheit der wirtschaftlichen und sozialen Grundzüge zu gedenken, die dem Begründer der Raiffeisengenosenschaften vorzuleben, als er in jahrzehntelanger, mühevoller Werbearbeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts ab die ersten Bausteine zu dem großen Gebäude der ländlichen Darlehenskassenvereine legte, die seit 1877 in dem Generalverband Raiffeisener ländlicher Genossenschaften in Neuwied zusammengefaßt sind.

Vielleicht ist es nicht ganz falsch, wenn man in den Raiffeisengenosenschaften den Vorläufer der ursprünglichen Genossenschaftsbewegung mit am reinsten verwirklicht sieht. Genossenschaften: das ist der freiwillige Zusammenschluß zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zwecken; ist das Bestreben gleichgerichteter Minderheitsmitglieder, der Vorteile des Großbetriebes teilhaftig zu werden, ist der Weg zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auf dem Wege solidarischer Aktion. Was die Ästhen für den Kapitalisten, das ist die Genossenschaft für den Minderbeteiligten, die Verbindung vereinzelter Personen zur Stelgerung und glänzigen Auswertung der Herstellung und des Vertriebs. Mein neben und über die wirtschaftlichen Ziele hinaus verfolgen die Genossenschaften alle Richtungen in ihren ursprünglichen Absichten nicht, sondern sind, um einen Ausdruck der Begründung der englischen Genossenschaftsbewegung und Ideal, der Vorkämpfer des modernen europäischen Genossenschaftswesens überhaupt, zu gebrauchen, „eine erste Bemühung, in dem Gesellschaftlichen das Ideale mit dem Realen in Einklang zu bringen“. Im gleichen Sinne schreibt Professor Schulze-Gaevernit in seinem Buche „Zum sozialen Frieden“ über das Genossenschaftswesen: „Zweifellos hebe ich als Gedanken von grundlegender Wichtigkeit (bei der Beurteilung der Genossenschaften) hervor: den allgemeinen Satz, daß die Beteiligung der sozialen Kräfte nicht durch Gewalt und nicht durch Gesetzgebung herbeigeführt werden kann, sondern nur durch innere Veränderung der Menschen, daß also die soziale Frage im Grunde nicht politische, sondern moralischer Natur ist. In weiterer Folge folgt folgender Satz, daß wirtschaftliche Erfolge nicht zu erzielen seien, außer durch Erfüllung von der Idee.“ Dieser Mißbrauch von wirtschaftlichen und sittlichen Zwecken entspricht, wie gesagt, die Raiffeisengenosenschaft am allermeisten. Die wirtschaftliche Förderung durch die einzelnen Vereine folgt nur das Mittel zur Hebung des geistigen und sittlichen Lebens sein. Noch heute heißt es in den Mutterkassungen des Generalverbandes: „Der Verein will weniger

geschäftlichen Gewinn erzielen, als vielmehr die wirtschaftlich Schwachen stärken und das geistige und sittliche Wohl seiner Mitglieder fördern.“ Dementsprechend verlangen die Raiffeisengenosenschaften von ihren Mitarbeitern nicht in erster Linie hohe Beiträge, sondern kostenlose gemeinnützige Arbeit. Ihre Solidarität dient nicht nur zur Kapitalbeschaffung, sondern bildet das Band, das die Mitglieder der einzelnen Genossenschaften gewissermaßen zu einer großen Genossenschaftsfamilie vereint. In den Schulze-Besitzungen Kreditvereine erhält der Darlehensnehmer so viel Kapital, als er wünscht, sofern er genügende sächliche Sicherheit bietet, in den Raiffeisengenosellschaften wird ihm dagegen nur dann geliehen, wenn er die Anforderungen an die Solidität in seiner wirtschaftlichen und persönlichen Erhaltung in ausreichendem Maße erfüllt. Den Grundgedanken des Nächstenliebes und der Nächstenliebe, den Raiffeisen in seinen Schriften immer wieder betont, und den er als „praktische Betätigung des Christentums im wirtschaftlichen Leben“ zu verwirklichen trachtete, entspricht auch die soziale Wirksamkeit der Spar- und Darlehenskassenvereine, die weit über eine bloße Kreditgewährung hinausreicht. Die Raiffeisengenosenschaften unterstützen die ländliche Wohlfahrtspflege, soweit sie es irgendeine können. Bei einem großen Teil der Vereine ist dieser Zweck satzungsmäßig festzulegen. In beträchtlichem Maße haben sie aus ihren überflüssigen Mitteln für kirchliche und Schulwesen, Gemeindefürsorge und Volksbüchereien, Kinder- und Jugendfürsorge, Säuglings- und Krankenpflege u. m. v. Der sozialen Absichten ist auch die bei sämtlichen Genossenschaften satzungsgemäß vorgeschriebene Bildung eines untrennbaren Vereinsvermögens, das sogenannten Stiftungsfonds, getragen, der nach Erreichung des satzungsgemäßen Zielvermögens aus dem Gewinn angeammelt wird, mit dem Zweck, nach der Unabhängigmachung des Vereins vom fremdem Kapital gemeinnützige Einrichtungen zu unterstützen. Nach Auflösung des Vereins darf das Vermögen nicht verteilt werden, sondern ist der deutschen Raiffeisenbank oder einer anderen, mittelbeteiligten Selbst zur Verwaltung zu übergeben, bis sich ein neuer Verein gebildet hat. Die Gesetgebung hat diese soziale Eigenartigkeit der Raiffeisengenosenschaften ausdrücklich in der Novelle zum Genossenschaftsgesetz vom 12. August 1896 berücksichtigt. Schließlich wird man auch in der Tatsache der Mischung aller ländlichen Berufsstände in der Mitgliedschaft der Raiffeisengenosenschaften einen sozialen Wertesatz erblicken können. Die Raiffeisengenosenschaften dienen nicht nur dem Landwirt, sondern auch dem ländlichen Gewerbetreibenden, dem Handwerker wie dem Beamten, dem landwirtschaftlichen wie dem

industriellen Arbeiter, frei von jeder parteipolitischen Bindung verfolgen sie das Prinzip strikter politischer Neutralität.

In ihrem wirtschaftlichen Grundzug sind die Raiffeisenvereine den dörflichen und bäuerlichen Verhältnissen von ihrem Gründer herartig organisch angepaßt worden, daß sie sich, wenn auch anfänglich nur langsam, so doch im Laufe des 19. Jahrhunderts stetig in allen Gegenden Deutschlands durchgesetzt haben. In ihnen fand der Bauer, wie die städtischen Banken und die öffentlichen Sparkassen, aber auch die Schulz-Debitanten Kreditverleiher trotz mancher rühmlichen Ausnahme dem Landwirt nicht bieten konnten: langfristigen und billigen Personalkredit. In gebornen, fern von dem Mittelpunkt des Geldverkehrs gelegenen einsamen Dörfern, in denen sich die Banken das Kreditgeschäft nicht mehr rentabel erscheint, gesicherten durch Raiffeisen-Gesellschaften billige Darlehen zu den günstigsten Bedingungen. Statistische Nachrechnungen haben ergeben, daß der mittlere Zinssatz der Raiffeisen-Gesellschaften hinter denjenigen der städtischen Genossenschaften und Banken, zeitweilig sogar hinter dem Reichsbankdiskont zurückgefallen ist und zudem viel geringeren Schwankungen ausgesetzt war als der Zinssatz am offenen Geldmarkt. Der Grund hierfür liegt in der Geringfügigkeit der Ver-

waltungskosten, dem Fehlen kapitalistischer Gewinnabsichten und der Mündendigkeit durch die Zentalkassen. Ganz besonders sind die Rückzahlungsbedingungen den Bedürfnissen der Landwirtschaft angepaßt. Die Darlehen werden je nach dem Verwendungszweck auf ein bis fünf, zehn Jahre oder auch für längere Zeit gewährt und sind in Jahresraten zu tilgen. Damit wird den längeren Umfahlszeiten der Landwirtschaft Rechnung getragen. Die Einrichtung laufender Konten zur Regulierung des täglichen Geschäftsbetriebes, Einkauf von Düngemitteln, Saatgut, Verkauf von Erzeugnissen kommt gleichfalls den Sonderbedürfnissen des Landwirts entgegen. Ein besonderes Verdienst haben sich die Spar- und Darlehensvereine auch durch die Übernahme notwendig gewordener Güterausleihungen und die damit verbundene gleichzeitige Aufschaltung der planlosen und unwirtschaftlichen Güterfächerleiher durch Dritte erworben. Der Wucher, der in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich in der Landwirtschaft besonders breit gemacht hat, hat infolge dieses Vorgehens der Raiffeisen-Gesellschaften das Feld vor der gewöhnlichen Selbsthilfe weitgehend räumen müssen. Rund 2 Millionen Landbewohner genießen heute die Vorteile eines billigen Betriebskredits, nachdem es gelungen ist, die Schäden der Inflation so gut wie völlig wieder auszugleichen.

## Das Berliner Abendgymnasium.

Von Prof. Dr. Peter U. Silbermann.

Am 1. September dieses Jahres wird in Berlin mit Unterstützung des Staates, der Stadt und zahlreicher wirtschaftlicher Organisationen das erste Abendgymnasium eröffnet werden. Daß die Gründung einer solchen Bildungsanstalt ein Bedürfnis ist, geradezu eine Notwendigkeit ist, ergibt sich allein aus der Tatsache, daß sich bereits an den sechs ersten Anmeldestagen gegen 2000 Männer und Frauen um die Aufnahme beworben haben.

Die Zahl der zahlreichen Fortbildungsmöglichkeiten, wie sie in den Großstädten Deutschlands durch Fachschulen und Volkshochschulen geboten werden, hatten bis uns bisher die im Berufs- und Erwerbsleben stehenden Personen so gut wie keine Gelegenheit, die in der Jugend meist aus wirtschaftlichen Gründen veräumte höhere Schulbildung nachzuholen. Heute find sich wohl die maßgebenden Kreise der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer darüber klar, daß bei den gesteigerten Anforderungen der Gegenwart, die auf allen Gebieten hundertprozentige Leistungen verlangt, die Volksschulbildung nicht mehr ausreicht. Sie selbst ganz bestimmt nicht aus für einen Menschen, der in seinem Beruf weiterkommen und damit auch seine wirtschaftliche Lage verbessern will. Daneben gibt es aber auch zahllose Wissensdurstige, die durch eine vertiefte und erweiterte Bildung ihren Anteil am geistigen Leben der Gegenwart vergrößern möchten. All diese wissensdurstigen und strebenden Menschen waren bisher, wie gesagt, meist nur auf die volksschulmäßigen Kurse angewiesen, von den sogenannten „Preßern“ ganz zu schweigen, von denen keine Bildung, höchstens Ergetzeniswissen wegen der erheblichen Kosten gar nicht in Frage kommen. Allerdings besteht schon seit ein paar Jahren in Berlin-Umköln ein Altunterrichtsfürs für junge Arbeiter, in den besonders begabte, aus allen Teilen des Reiches auswählige junge Arbeiter aufgenommen und, wieviel auch rasch, in drei Jahren zur Reifeprüfung geführt werden. Der Unterricht findet hier am Sonntag statt, den Rest des Tages leben die im Durchschnitt zöhrhrenten Schüler durch Stipendien unterstützt, eine Halbtagsarbeit aus. Das ist ein anerkennenswerter Versuch, eine kleine Auswahl begabter Proletariatskinder — in vier Jahren haben etwa 50 Schüler diese Kurse besucht — in die höhere Bildung einzuführen, aber keine Lösung des so liberans wichtigen Volksschulbildungsproblems, wie nämlich der großen Masse der Wissensdurstigen aus allen Volksschichten ohne wirtschaftliche Belastung diese Bildung und damit zugleich die Möglichkeit sozialen Aufstiegs verschafft werden kann. Auch in München besteht etwas Ähnliches seit 2½ Jahren. Es ist die sogenannte „Gewerbliche Abend-Mittelschule“. Diese führt aber, wie schon ihr Name andeutet, nur bis zur mittleren Reife, also etwa bis zur Obersekunda. Ferner ist ihr Besuch mit nicht unerheblichen Kosten für die Schüler verbunden. Der Besuch des Berliner Abendgymnasiums soll aber, von einer geringfügigen Halbtagsgebühr abgesehen, unentgeltlich sein, und auch die Schüler der sollen Zuhörer kostenlos gestellt werden. Diese Tatsache halte ich für außerordentlich wichtig. Denn in Zukunft soll und wird eben niemand mehr aus wirtschaftlichen Gründen daran verhindert werden, die abgeschlossene und sich allmählich aufbauende Bildung der höheren Schule zu erwerben und sich damit die Möglichkeit des Aufstiegs zu sichern. Jeder soll, wenn er nur die nötige Begabung und Energie hat, die Chance haben hochzukommen. Das ist ganz amerikanisch gedacht, und in Amerika ist in der Tat das Abendgymnasium, so wie es jetzt in Berlin geplant ist, seit mehr als einem Jahrzehnt verwirklicht. Es hat sich dort so bewährt, daß es in der Stadt

New York allein 17 „Evening High Schools“ gibt, die im letzten Winter von 35 000 Männern und Frauen besucht wurden.

Der Lehrplan des Berliner Abendgymnasiums soll sich unmittelbar an den der Volksschule anschließen. In die unterste Klasse, die Obertertia, können daher Männer und Frauen aufgenommen werden, die über 18 Jahre alt sind, im Berufsleben stehen und nur Volksschulbildung besitzen. Zugleich mit dieser Klasse soll im Herbst auch eine Obersekunda eröffnet werden für die Söhne und Töchter des gebildeten Mittelstandes, die, der Zeit her gehörend, vorzeitig die höhere Schule verlassen mußten, und nur die Obersekundareife besitzen. Von denen, die sich bisher für das Abendgymnasium gemeldet haben, verfügen etwa 25 p. h. über diese Reife.

Der Unterricht wird an den ersten fünf Wochentagen in der Zeit von 7 bis 10 Uhr abends stattfinden. In diesen drei Zeitstunden werden vier Unterrichtsstunden erteilt, so daß auf jede Klasse 20 Wochenstunden fallen. Für derartigste Menschen bedeutet es zweifellos eine große körperliche Anstrengung und eine harte Belastung der Willenskraft, nach meist neunstündiger Tagesarbeit noch Abend für Abend, und das auf Jahre hinaus, ernste Studien zu treiben. Daß dies aber möglich ist, beweist das amerikanische Vorbild. Es ist keinem dies auch die bei uns meist recht erfolgreich wirkenden Fachschulen für Erwachsene, die doch fast ausschließlich in den Abendstunden arbeiten.

Das Berliner Abendgymnasium soll zwar eine Privatschule bleiben, als deren Träger der Verein zur Förderung des Berliner Abendgymnasiums“ gedacht ist, in dessen Vorstand satzungsgemäß das Preussische Unterrichtsministerium, das Provinzialkollegium und die Stadt Berlin vertreten sind, aber es wird in der Lage sein, genau dieselben Berechtigungen zu erteilen wie jede andere höhere Lehranstalt Preußens.

Natürlich ist es unmöglich alle aufzunehmen, die sich melden, solange es nur e in Abendgymnasium in Berlin gibt. Aber ganz abgesehen davon, besitzen nicht alle, die da guten Willens sind und das Streben bekunden, die Söhne ihrer Bildung auszufüllen, die zum erfolgreichen Besuch einer höheren Schule nur einmal notwendige Begabung. Aus diesem Grunde ist es unmöglich, eine Auslese vorzunehmen. Diese erfolgt in der Weise, daß die Voranmeldeten, ihrem Alter und ihrer Vorbildung entsprechend, in Gruppen von etwa 40 bis 50 Personen eingeteilt werden. Jede dieser Gruppen wird zweimal einer zweifelhenden mündlichen und schriftlichen Prüfung unterzogen, wobei die Tests, die Dr. Robertag vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ nach amerikanischem Muster eigens für diese Prüfungen ausgearbeitet hat, gute Dienste leisten. Die Beantwortung dieser Tests ist nicht ganz leicht, aber gerade im Anfang ist es ja wichtig, daß erst einmal die Begabtesten Aufnahme in das Abendgymnasium finden.

In der ersten Zeit der Voranmeldeten sind also Selbstseiner bis zum 50. Jahre und alle Berufe, mit Ausschluß der akademischen, vertreten. Und all diese Menschen sind begeistert und hoffnungsfroh. Alle möchten sie so brennend gern weiterkommen im Leben und mehr und mehr hingelernt, und der Gedanke, infolge des allzu großen Andrangs keine Berücksichtigung mehr zu finden, bereitet vielen Pein und Schmerz. In zahllosen Briefen haben sie ihre Sorgen und ihre Hoffnungen zum Ausdruck gebracht.

Gelingt der Berliner Versuch, der sicherlich von ganz Deutschland mit Interesse beobachtet werden wird, dann wird das Berliner Abendgymnasium bald in allen großen Städten des Reiches Nachfolge finden. Und damit wäre eines der wichtigsten Volksschulbildungsprobleme auf die einfachste und natürlichste Weise gelöst.



## 700 Jahre Stadt Leitmeritz.

Zu Pfingsten hat die Stadt Leitmeritz in Böhmen ihr siebenhundertjähriges Bestehen gefeiert. Leitmeritz nimmt unter den deutschen Städten Böhmens eine hervorragende Stellung ein: ein rühmenswerthes Wahrzeichen deutschen Fleißes und deutscher Kultur. Leitmeritz ist eine der ältesten Stadtgemeinden Böhmens. Die geographische und klimatische Lage in der herrlichen Elbe, dort wo die Sauer sich in sie ergießt, hat der Gegend den Namen des böhmischen Paradieses gegeben. Es ist daher natürlich, daß hier alter Kulturboden ist, wo schon die keltischen Bojer, von denen Böhmen seinen Namen erhalten hat, und später die germanischen Markomannen und Hermunduren gesiedelt haben. Als dann vom 7. Jahrhundert an slawische Volksstämme in das Gebiet einwanderten, ließen sich hier die Kutoimer (Leitmerier) nieder und gründeten auf dem Hügel der Stadt, wo heute die bischöfliche Residenz (gegründet im Jahre 1656) steht, ihre primitive Gauburg, die Sitz eines Erzprieesters und allmählich der Mittelpunkt des Handels der ganzen Umgegend wurde. Von dieser Siedlung, die sich aus Einheimischen und zugewanderten Deutschen zusammensetzte, ist wohl zu unterscheiden die sich daran anschließende Stadt Leitmeritz. Diese wurde unter dem Premysliden Ottokar I. ungefähr im Jahre 1227, wie übrigens fast alle Städte Böhmens, von Deutschen gegründet; ihren deutschen Ursprung beweist unter anderen besonders der Umstand, daß sie nach dem Magdeburger Stadtrecht verwaltet wurde.



Die Stadt blühte rasch empor und gelangte zu großem Reichtum und Ansehen. Besonders begünstigte sie Karl IV., der in der reichen Schenkungen und ergiebigen Rechten bedachte. Aber in der

Zeit der Hussitenkriege (im 15. Jahrhundert) brach namenloses Unglück über sie herein. Sie verlor nicht nur alle ihre Privilegien, sondern büßte auch ihren deutschen Charakter ein. Von den furchtbaren Heimsuchungen, denen sie ausgesetzt war, konnte sie sich nur sehr langsam und schwer wieder erholen. Eine zweite Periode schwersten Unglücks war für die Stadt Leitmeritz der Dreißigjährige Krieg, wo sie besonders den Verwüstungen und Plünderungen durch die schwedische Soldateska ausgesetzt war und fast völlig zerstört wurde. Aber die Zähigkeit ihrer noch verbliebenen Bürger und der Fleiß der neuen Bewohner, die aus Deutschland einwanderten, haben auch die Wunden dieser schrecklichen Zeit allmählich wieder heilen lassen. Und wenn auch im Schicksal und Siebenjährigen Kriege, sowie in den späteren unruhigen Zeiten noch manche Rückschläge erfolgten, so konnte doch die Lebenskraft dieser tapferen Stadt nicht gebrochen werden. In den letzten Jahrzehnten erfreute sie sich vielmehr einer ruhigen, stetigen Entwicklung, die zu einer neuen Blüte führte.

## Zur Zeitgeschichte

## Zur Wiederwahl Masaryks.

Die Amtszeit des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik ist auf sieben Jahre festgesetzt. Nach der Verfassung darf ein Präsident nicht zweimal nacheinander die Würde bekleiden. Eine Ausnahme bildet jedoch der erste Präsident, dessen Wiederwahl verfassungsmäßig möglich ist. Am 27. Mai ist der Kongreß, d. h. das Abgeordnetenhaus und der Senat zusammengesessen, um die Neuwahl des Präsidenten vorzunehmen. Schon bei dem ersten Wahlgang sind von 454 Stimmen 274 auf den bisherigen Präsidenten Masaryk abgegeben worden, so daß er mit der vorgeschriebenen Dreifünftelmehrheit der anwesenden Abgeordneten und Senatoren gewählt worden ist. Es war jedenfalls keine Überraschung, daß die Wahl wieder auf Masaryk fiel, doch ist es für den Außenstehenden immerhin eine Überraschung, wie die Wahl erfolgte. Zum ersten Male seit dem Bestande der tschechoslowakischen Republik ist der Präsident mit Hilfe der deutschen Wähler gewählt worden. Für ihn haben von den deutschen Parteien die sozialdemokratische und die beiden Regierungsparteien, die christlich-sozial und die Agrarpartei, gestimmt. Dagegen haben Masaryk zum ersten Male Mitglieder der tschechoslowakischen Parteien ihre Stimmen verweigert, dabei hat sich herausgestellt, daß außer dem sehr frühen gegen Masaryk eingestellten tschechischen Nationaldemokraten und der slowenischen Volkspartei, deren Opposition schon vorher bekannt war, auch viele Stimmen der tschechischen Regierungsparteien dem bisherigen Präsidenten vorzuziehen worden sind. Masaryk kann also heute nicht mehr wie noch vor einigen Jahren auf die Gefolgshaft des ganzen tschechischen und des slowakischen Volkes rechnen. Er steht zu sehr mitten im Kampf der Politik, als daß er nur unbefangene Zuhörer hätte. Man mag aber über ihn vom Gesichtspunkte der Tagespolitik denken und urteilen, wie man will, die Geschichte wird ihm zweifellos den Namen nicht verleihen, daß er der eigentliche Vater des heutigen tschechoslowakischen Staates ist.

Dr. T. E. Masaryk ist im Jahre 1850 in einem kleinen mährischen Städtchen als Sohn sehr armer Eltern geboren. Er hat eine schwere Jugend gehabt, und man kann wohl mit Recht sagen, daß es das, was er geworden ist, durch harte Arbeit sich selbst er kämpft hat. Aus der anderen Seite ist es auch nicht zu leugnen, daß er ihr vielleicht gerade, weil er dem Leben so überet entgegengetreten konnte, in den entscheidenden Phasen seines Lebens stets vom Glück begünstigt worden ist. Die Armut seiner Eltern zwang ihn, zunächst ein Handwerk zu erlernen, aber der unwiderstehliche Drang nach geistiger Ausbildung zwang ihn bald wieder die Möglichkeit

seinen begonnenen Beruf wieder aufzugeben und sich seinen Studien zu widmen. Mit Hilfe von Stipendien konnte er in Brünn und Wien das Gymnasium absolvieren, um dann in Wien und Leipzig Philosophie und Soziologie zu studieren. Nachdem er sich zunächst an der Wiener Universität als Privatdozent habilitiert hatte, wurde er im Jahre 1882 Professor der Philosophie an der tschechischen Universität in Prag. Seine umfassende Bildung, sein scharfer Geist und sein Streben, den Problemen nachzugehen, um, wenn auch nicht ihre Lösung zu finden, so doch ihr Wesen kennenzulernen, regte ihn zu einer umfangreichen wissenschaftlichen Tätigkeit an. Er ist zweifellos ein hart kritischer und selbständiger Geist, der infolgedessen natürlich auch hart oppositionell eingestellt war. Er folgte nicht bedingungslos Autoritäten, sondern ging seinen eigenen Wege, um selbst Autorität zu werden. Unter seinen vielen wissenschaftlichen Werken seien nur die folgenden erwähnt: „Soziale Frage“, „Kritik des Marxismus“, „Konkrete Logik“, „Der moderne Mensch und die Religion“ usw.

Entsprechend seiner philosophischen Einstellung war er auch in der Politik ein Anhänger des Rationalismus. Im Jahre 1890 trat er zum ersten Male in das politische Leben ein, als er in den österreichischen Reichstag gewählt wurde. Zunächst schloß er sich der unter Führung Kramars stehenden alttschechischen Partei an. Aber dieser sterile Pessimismus befriedigte ihn auf die Dauer nicht. Schon nach kurzer Zeit legte er sein Mandat nieder, um erst nach sieben Jahren seine politische Tätigkeit von neuem zu begründen. Mit einigen Freunden gründete er nun die Partei der tschechischen Realisten, deren Ziel es war, daß das tschechische Volk sich mit den gegebenen Tatsachen abfinden und versuchen möge, sie möglichst zu seinem Vorzeile auszunutzen. Auch in seiner Politik verlegte er nicht den Philosophen. Er betrachtete als Aufgabe seiner politischen Tätigkeit nicht in erster Linie durch geschickte Verhandlungen oder durch taktische politische Vorteile zu erreichen, sondern er wollte die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik durch eine geistige und moralische Wiedergeburt des tschechischen Volkes schaffen. Für seine Auffassung der politischen Probleme ist sehr bezeichnend seine Schrift: „Die tschechische Frage“, in der er nicht nur in geistreicher Weise sich über die Grundlagen der tschechischen Politik im allgemeinen auseinandersetzt, sondern auch das Verhältnis des tschechischen Volkes zum österreichischen Staat im besonderen behandelt. Von einem gewissen historischen Werte ist es, daß sich Masaryk hier als unbefangener Beobachter bekennt, indem er die Lösung des tschechischen Problems innerhalb des österreichischen Staates anstrebt. Masaryk

hat sich aber nicht ausschließlich mit Innenpolitik beschäftigt. Es galt im österreichischen Reichstag und in den sogenannten Delegationen auch als bekannter Kenner der österreichischen Innenpolitik, namentlich der Balkanpolitik. Seine Außenpolitik wird fast von einem ständigen Zusammengehörigkeitsgefühl beherrscht. So sehen wir auch, daß ihn das südliche und das russische Problem von Anfang an in hohem Maße interessiert. Hierbei soll nur kurz sein Wert über „Rußland“ erwähnt werden, das nicht nur Zeugnis von außerordentlicher Befähigung, sondern davon ablegt, in wie hohem Maße Maratsch die Fähigkeit hatte, sich in die Psyche des russischen Volkes einzufügen.

Der Weltkrieg hat dann aus dem Philosophen den Staatsmann Maratsch gemacht. Staatsmann in dem Sinne des Wortes, daß er, als der Weltkrieg alle die großen politischen Probleme, mit denen er sich ein ganzes Lebensalter beschäftigt hatte, auf die Tagesordnung der praktischen Politik stellte, mit allen seinen reichen Gaben und Fähigkeiten in unermüdlicher Weise für die Errichtung des tschechischen Staates tätig war. Kurz nach dem Ausbruch des Krieges verließ er Österreich, um sich zunächst in der Schweiz niederzulassen und von dort aus Führung zu unseren Feinden zu nehmen. Bald war er in Paris, bald in Petersburg und schließlich in Amerika und spann überall mit seinem Mitarbeiter, dem jetzigen Außenminister Beneš, die Fäden einer großen gegen die Mittelmächte und insbesondere auch gegen die österreichisch-ungarische Monarchie gerichteten Propaganda. Wenn auch seine Tätigkeit zunächst auf die Zerteilung des Lebenden gerichtet war, so hat er gleichzeitig auch in ebenso energischer Weise die Schaffung seines neuen Staates betrieben. Vom deutschen Standpunkt wird es nicht immer leicht, diese Tätigkeit Maratschs ohne bittere Kritik zu beurteilen. Dem Standpunkte des tschechischen Volkes jedoch hat sein Verdienst unbestreitbar, denn er kann auch trotz vielerlei anders lautender Urteile selbst auf tschechischer Seite als eigentlicher Gründer der tschechischen Republik betrachtet werden. Es wird ihm vielfach nachgesagt, daß er, nachdem er einst als Philosoph und Politiker leidenschaftlich für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes eingetreten ist, als Präsident seinen früheren Idealen untreu geworden sei, indem er sich nicht mit derselben Energie auch für das Recht und die Freiheit der Sudetendeutschen einsetzte. Und wenn man sein letztes großes Werk „Die Weltrevolution“ liest, dann bekommt man den Eindruck, daß Maratsch zwar zweifellos ein Mann von großem Geist und starkem Willen ist, daß er aber aus seinen hohen Idealen ins Praktische nicht immer die praktische Konsequenz gezogen hat. Aber Maratsch ist neuerdings auch mit Unterstützung der Deutschen wieder zum Präsidenten gewählt worden. Seine staatsmännische Kaufbahn ist also noch nicht abgeschlossen und es kann daher auch kein abschließendes Urteil über ihn gefällt werden, denn es ist ja annehmend und im Interesse des Menschen Maratsch zu wünschen, daß er in der ihm noch zur Verfügung stehenden Spätere Zeit seine ihm sicherlich am Herzen liegenden Ideale von Freiheit und Gleichberechtigung der Völker in seinem eigenen Staate verwirklichen können.

## Der Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die Staatsumwälzung im November 1918, die den politischen Arbeiterparteien zu einer Forderung nicht dagewesenen Machts verhalf, brachte auch für die Gewerkschaften grundverändernde Änderungen. Der Rat der Volksbeauftragten erließ unter dem 23. Dezember 1918 die „Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Streitigkeiten“, die noch in Kraft ist, soweit sie nicht durch das Betriebsratsgesetz vom 4. Februar 1920, die Schlichtungsverordnung vom 23. Oktober 1923 und das Arbeitsgerichts Gesetz vom 23. Dezember 1926 inzwischen ersetzt und wesentlich erweitert worden ist. Im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde ein Gutachterorgan geschaffen, in dem die Gewerkschaften als solche vertreten sind.

Die Folge dieser gesetzlichen Maßnahmen ist, über die unmittelbar durch sie gesetzten Materien hinaus, daß die Reichs-, Landes- und sonstigen Behörden die Gewerkschaften bei der Vorbereitung wichtiger Sozialgesetze und -verordnungen unmittelbar hören.

Für ihre Geltung bei den Arbeitgebern war von einschneidender Bedeutung die mit dem berüht gewordenen Abkommen vom November 1918 ins Leben getretene „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“. Sie ist zwar inzwischen zusammengebrochen (wenn sie auch als Torso dem Namen nach noch fortbesteht). Ihr Grundgedanke aber, die „Arbeitsgemeinschaft“ in irgendeiner Form, ist seitdem der öffentlichen Diskussion nicht wieder verschwunden, so hat auch oft in den letzten Jahren der gegenseitige Kampf gegeben worden ist.

Diese vollkommen neue Stellung der Gewerkschaften, die zunächst ihre Mitgliederorgane laminieren sollte, sind jedoch, zwang organisatorisch zu stärkerer Konzentration. Diese erfolgt nicht in der Weise, daß alle Arbeitgebergewerkschaften einerseits und alle Angestelltenverbände andererseits sich zusammenfassen. Der deutschen Eigen-

art gemäß blieben die drei weltanschaulich geschiedenen Arbeitergruppen — freie, Christliche, freiheitlich-nationale (F.-D.) — erhalten. Sie wurden zum Vorbild auch für die Verbände der in der Wirtschaft tätigen Angestellten. Diese fanden sich je nach Zielsetzung und Richtung zusammen in dem Allgemeinen freien Angestellten (Allf.)-Bund, der ein Kartellverhältnis mit dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bund (ADGB) einging, im Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag), der sich mit dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften (und einer inzwischen im Deutschen Beamtenbund aufgegangenen Beamtengruppe) zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammenfloss, und im Gewerkschaftsbund der Angestellten (GBA), einem beide Geschlechter umfassenden Einheitsverband, der sich mit dem Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.V.) (und einer Beamtengruppe) zum Gesamtschicksal deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände vereinte. Dem GDB hat sich später auch der Deutsche Bankbeamtenverein unter Aufrechterhaltung seiner organisatorischen Selbständigkeit angeschlossen.

Die sechs „Spitzenverbände“ erreichten den Höchststand ihrer Gesamtmitgliedschaft — im einzelnen gab es Verflechtungen — im Jahre 1920 mit insgesamt 10 872 611 (9 363 949 Arbeitern und 1 508 662 Angestellten). Mit der wachsenden Inflation setzte, zunächst langsam, eine rückläufige Bewegung ein, die mit der Stabilisierung und der in ihrem Gefolge katastrophal sich steigenden Arbeitslosigkeit, besonders bei den Arbeitergruppen, sehr schnell zunahm.

Die Reichsarbeitsverwaltung hat kürzlich („Reichsarbeitsblatt“ 1927, Nr. 1) die Zahlen für 1926 veröffentlicht. Danach umfaßten die Spitzenverbände insgesamt 6 073 101 Mitglieder<sup>1)</sup>. Von diesen waren 4 922 401 Arbeiter, deren Verbände bemerkt einen Verlust von 47,4 v. H. erlitten haben. Die Angestelltenverbände dagegen weisen bei 1 152 700 Mitgliedern nur einen Verlust von 23,7 v. H. auf.

Bei den drei Arbeiter-Spitzenverbänden sind die prozentualen Verluste annähernd gleich. Der ADGB zählte rund 4,2 Mill. (gegen rund 8 Mill. im Jahre 1920), die Christlichen Gewerkschaften rund 580 000 (gegen rund 1 Mill.), die F.-D.-Gewerksvereine rund 137 000 (gegen rund 226 000).

Vom dem rund 336 000 Mitglieder betragenden Gesamtverband der Angestellten-Spitzenverbände entfällt der weitaus größte Teil auf den Allf.-Bund, der auf rund 328 000 (gegen rund 690 000 im Jahre 1920) zurückgegangen ist. Dieser Verlust ist in der Hauptsache durch den Zentralverband der Angestellten verursacht, für den rund 153 000 Mitglieder (gegen rund 372 000) angegeben werden. Der Gedag weist rund 411 000 Mitglieder (gegen rund 463 000) auf. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß der Deutschnationale Handlungsgebietsverband in diesem Zeitraum um etwa 21 000 (von rund 230 000) auf rund 271 000 Mitglieder gewachsen ist, während der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten mit rund 68 000 Mitgliedern (gegen rund 122 000<sup>2)</sup>) etwa 54 000 Mitglieder verloren hat. Die freiheitlich-nationale Angestelltengruppe umfaßt insgesamt rund 515 000 Mitglieder (gegen rund 335 000). Davon entfallen auf den GDB allein rund 275 000 (gegen rund 300 000 in seinem Gründungsjahr 1921) und auf den Deutschen Bankbeamtenverein rund 40 000 (gegen 53 000 im Jahre 1920; Ende 1923 zählte er rund 110 000 Mitglieder; der Rückgang ist nur durch die Massenentlassungen bei den Banken ohne weiteres erklärlich).

Solange die starke Arbeitslosigkeit anhielt, werden die Gewerkschaften noch hart um ihren Mitgliederbestand zu ringen haben. Bei den Angestellten-Angestelltenverbänden, die ihren Mitgliedern durch großzügige Wohlfahrtsmaßnahmen aller Art großen wirtschaftlichen Rückhalt bieten, scheint es indessen schon jetzt aufwärts zu gehen. So veröffentlicht der DGB in seinem Organ „Deutsche Handelsmacht“ vom 9. Februar 1927 für Ende 1926 eine Mitgliederzahl von 291 486 und damit den jemals erreichten Höchststand. Auch der GDB berichtet über Fortschritte. Die von ihm für 1926 angegebene Zahl von über 62 000 weiblichen Mitgliedern bleibt hinter derjenigen des weiblichen Verbandes nicht mehr erheblich zurück.

Gertrud Israel.

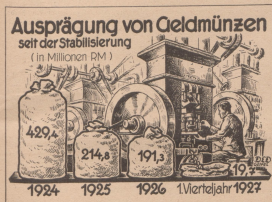
## Unser Umlauf an Münzgeld.

Nach der Stabilisierung der Währung ist die bunte Mannigfaltigkeit der auf kleine Beträge laufenden Banknoten und Notgeldscheine nahezu beseitigt worden. Die feste Währung erlaubt wieder die Ausgabe von neuen Münzen, namentlich von Silbermünzen, die sich sehr schnell einbürgerten. Münzgeld hat im Ver-

<sup>1)</sup> Das im 9. 2. 26, also überaus spät gegenwärtig erschienenen Arbeitsblatt, unter dem Titel „Die Zahl der „wirtschaftsrechtlichen“ Verbände mit 3,9% der Gesamtbevölkerung“ steht.

<sup>2)</sup> Die Einzelzahlen aus dem Jahre 1920 sind dem von der Reichsarbeitsverwaltung herausgegebenen „Handbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich“ Ausgabe 1921, S. 108 und 109, entnommen. Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten selbst gibt in seiner „Zeitschrift und Monatshefte“ 1920 Nr. 4 für 1920 nur 101 120 Mitglieder an. Danach hätte ein Verlust nur rund 22 500 Mitglieder betragen. Im letzten Deutscher Anteil innerhalb des Gedag ändert sich das nicht, da dessen Gesamtzahl für 1920 entsprechend niedriger angenommen werden mußte.

gleich zu kleineren Geldscheinen beträchtliche Vorgänge: es ist handlicher, muß nicht bei weitem nicht so schnell ab wie Geldscheine, kommt dem Geschmack des Publikums entgegen und hat gewisslos mit dazu beigetragen, in den breiten Volksschichten das Vertrauen zur deutschen Währung neu zu festigen. Das folgende Schaubild zeigt fünfmal, welche Mengen von Geldmünzen seit der Stabilisierung zur Ausprägung gelangten, und wie in zunehmendem Maße der Bedarf des Verkehrs an Hartgeld gedeckt wurde, so daß die Neuprägung von Münzgeld immer mehr eingeschränkt werden konnte.



Die Stückelung des seit 1924 ausgeprägten Münzgeldes, namentlich der Anteil der Silbermünzen, geht aus folgender Übersicht hervor:

| Stücke zu               | 1924  | 1925  | 1926  | 1. Vierteljahr 1927 |
|-------------------------|-------|-------|-------|---------------------|
| in Millionen Reichsmark |       |       |       |                     |
| 5,- RM.                 | —     | 5,9   | 4,5   | —                   |
| 3,- „                   | 126,2 | 23,7  | 2,3   | —                   |
| 2,- „                   | —     | 52,1  | 150,7 | 16,2                |
| 1,- „                   | 135,3 | 103,9 | 50,6  | 5,5                 |
| 0,50 „                  | 108,6 | 1,2   | —     | —                   |
| 0,10 „                  | 36,4  | 19,0  | 1,6   | —                   |
| 0,05 „                  | 16,9  | 9,2   | 1,6   | —                   |
| 0,02 „                  | 4,2   | 0,8   | —     | —                   |
| 0,01 „                  | 1,8   | 1,0   | —     | —                   |
| Gesamt                  | 429,4 | 214,8 | 191,3 | 19,7                |
| Davon Silbermünzen      | 261,5 | 183,6 | 188,1 | 19,7                |

Insgesamt sind also bis Ende März 1927 Geldmünzen im Gesamtbetrag von 835,2 Millionen RM. in Umlauf gesetzt worden. Der Umlauf in Scheidemünzen (also nicht Goldmünzen) vor dem Kriege — Stand vom 31. Dezember 1915 — belief sich auf 850 Millionen Mark.

## Die Neuregelung der Arbeitszeit im deutschen Steinkohlenbergbau.

In drei wichtigen deutschen Steinkohlenbezirken, nämlich im Ruhrbezirk, in Oberschlesien und im Saachener Steinkohlenrevier (Dumreuev) waren von den Gewerkschaften zum Ende März bzw. April die laufenden Arbeitszeitregelungen gestündigt worden.

Oberschlesien und Saachen waren bekanntlich noch die einzigen deutschen Steinkohlenbezirke, in denen unter Tage eine Arbeitszeit von 8½ Stunden bestand. Das Bestreben der Gewerkschaften ging nun dahin, auch hier die Achtstundentageseinführung. Darüber hinaus strebten sie aber für das Ruhrrevier in den untertägigen Betrieben flach der bisherigen achtstündigen eine sechsstündige Schicht an, während sie für die oberirdischen Betriebe aller drei eingangs genannten Bezirke den Übergang zur Achtstundentageseinführung forderten. Zur Begleitung ihres Delanges auf Verkürzung der Arbeitszeit wiesen die Gewerkschaften darauf hin, daß die bisherigen Regelungen in Zeiten wirtschaftlicher Not Ende 1923 als vorübergehende Maßnahmen getroffen worden seien, sich aber unter dem sich inzwischen vollziehenden Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr rechtfertigen ließen. Die Arbeitgeber dagegen glaubten, mit Rücksicht auf den Konkurrenzkampf mit England, in dem die englischen Unternehmer mit längerer Arbeitszeit und geringeren Löhnen — ein Er-

gebnis des englischen Streiks — einzutreten, die bisherige Arbeitszeit beibehalten zu müssen.

Die nunmehr in Kraft tretenden neuen Arbeitszeittarife bringen den Arbeitern in gewissem Umfang die Erfüllung ihrer Wünsche.

Für die Arbeiter untertage tritt in Oberschlesien vom 1. März ab und im Ruhrrevier vom 1. Juni ab eine Schichtverlängerung auf 8½ Stunden ein, die in Oberschlesien vom 1. September ab automatisch auf 8 Stunden erweitert wird.

Die für das Ruhrrevier geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden tritt nicht ein, es bleibt hier vielmehr bei der bisherigen Arbeitszeit von 8 Stunden.

In den Betrieben über Tage ist für die nicht durchlaufenden Betriebe im Ruhrbezirk und im Ruhrrevier die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und die Schichtzeit von 12 auf 10 Stunden herabgesetzt worden. In den durchlaufenden Betrieben muß die zu leistende 10. Arbeitsstunde mit einem Lohnzuschlag von 25 v. H. abgegolten werden. In Oberschlesien bleibt es bei der achtstündigen Arbeits- und der zwölfstündigen Schichtzeit. Nur am Sonnabend tritt eine Schichtverlängerung ein. An diesem Tage gilt für die Arbeiter in nicht durchgehenden Betrieben die achtstündige Arbeitszeit; in durchgehenden Betrieben wird die 9. und 10. Arbeitsstunde mit einem Lohnzuschlag von 25 v. H. bezahlt.

Alle Regelungen haben deutlich die Tendenz auf den Achtstundentageseinstieg zu.

## Die Finanzgebarung der Erwerbslofenfürsorge.

Infolge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten haben sich auch die Kosten der Erwerbslofenfürsorge gesenkt. Während im Monat Januar 1927 noch 112 Millionen Reichsmark betragen, beliefen sie sich im Februar auf 105 Millionen und im März auf 98 Millionen RM. Einen ganz geringen Anteil an diesen Ausgaben haben die Aufwendungen für die durch Anordnung vom 20. Februar 1926 eingeführte Kurzarbeiterunterstützung. Diese forderte im Februar nur insgesamt 149 000 RM. Dagegen hat sich infolge der Zunahme der Krisenunterstützten (am 15. Januar 138 000, am 15. März 225 000) die Summe der für Krisenunterstützung aufgewendeten Beträge von 9 Millionen RM. im Januar auf 16 Millionen RM. im März erhöht. Nach dem Gesetz über eine Krisenlofenfürsorge trägt der Viertel des Aufwandes das Reich, ein Viertel haben die Gemeinden beizuführen.

Von dem im Februar für die Erwerbslofenfürsorge insgesamt aufgewendeten Beträgen von 104 Millionen RM. konnten durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer 49,5 Millionen RM. (47,6 v. H.) gedeckt werden, während durch Gemeindefürsorge 12,7 Millionen (12,2 v. H.) aufgebracht wurden. Der Anteil der Reichs- und Landeshaushalte betrug 41,8 Millionen RM. (40,2 v. H.). Vom 1. April ab hat das Reich den gesamten Aufwand in der Erwerbslofenfürsorge, soweit er nicht durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedeckt wird, zu tragen; denn nach dem Gesetz zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 9. April 1927 erstattet das Reich den Ländern und Gemeinden die Beträge, die sie nach der Verordnung über Erwerbslofenfürsorge für die Zeit vom 1. April 1927 ab bis zum Inkrafttreten des Arbeitslofenversicherungsgesetzes zum Fürsorgeaufwand beizuführen haben. Infolgedessen sind die Mittel, die im Reichshaushalt für die unterstützende Erwerbslofenfürsorge vorgesehen sind, für das Rechnungsjahr 1927 erheblich verkleinert worden. Als einmalige Ausgaben sind in den Haushaltsplan für 1927 150 Millionen RM. eingelegt worden, von denen 204 Millionen RM. für die unterstützende Erwerbslofenfürsorge vom 1. April bis zum 1. Oktober 1927, an dem voraussichtlich die Arbeitslofenversicherung in Kraft tritt, 189 Millionen RM. für den Anteil des Reichs an der Krisenlofenfürsorge und 50 Millionen RM. als Grundlofen für die künftige Arbeitslofenversicherung vorgesehen sind. Für die produktive Erwerbslofenfürsorge sind im außerordentlichen Haushaltsplan für das Jahr 1927 150 Millionen RM. eingelegt worden, von denen 30 Millionen RM. zur Förderung des Baus von Landarbeiterwohnungen bestimmt sind.

## Mieterschaft und Hauszinssteuer.

Die Hauszinssteuer ist eine der unbeliebtesten Steuern. Daß die Vermieter ihre Befreiung oder zum mindesten ihre Ermäßigung fordern, ist verständlich. Schmädelte doch die Steuer, die aus den Mieteinnahmen abzuführen ist, den dem Vermieter aus seinem Hause verbleibenden Reingewinn. Die Forderung der Vermieter findet jedoch auch vielfach von Mieterseite Unterstützung. Hierbei scheint oft der Gedanke eine Rolle zu spielen, daß eine Ermäßigung oder Befreiung der Hauszinssteuer auch dem Mieter Vorteil bringen würde, etwa dadurch, daß auch die vom zu zahlende Miete sich entsprechend vermindern würde. Die Frage ist also: hat die Mieterchaft tatsächlich ein Interesse an der Befreiung der Hauszinssteuer? Sagen wir voraus: die Frage ist zu verneinen.

Die Hauszinssteuer hat ihre reichsrechtliche Grundlage in dem Gesetz über den Geldwertungsausgleich. Wie schon der Name ergibt, soll die Steuer einen Ausgleich der Geldwertungen bringen. Durch die Geldwertungen wurden die Zinsbeträge, die der Vermieter für die auf dem Hause ruhenden Hypotheken zu zahlen hatte, völlig entwertet. Diese Beträge machten in der Vorkriegszeit durchschnittlich etwa 65 v. H. der Friedensmiete aus. Durch die Aufwertungsabgabe ist nur eine teilweise Aufwertung der Hypotheken und damit auch der Zinsen erfolgt. Der Vermieter hat nur einen Teil des Vorkriegsbetrages als Zinsen an seine hypothekengläubiger abzuführen. Der bei weitem größere Teil würde ihm ohne das Bestehen der Hauszinssteuer als Gewinn zufallen. Die Hauszinssteuer soll hier einen Ausgleich schaffen, indem für gewisse Beträge die Mieten zugunsten des Vermieters für allgemeine Finanzzwecke und für den Wohnungsbau in Anspruch nimmt. Steuerrechtlich ist allein der Vermieter zur Zahlung der Steuer verpflichtet. Dieser muß sie jedoch wirtschaftlich aus den Mieten entnehmen, so daß tatsächlich die Beträge durch die Mieter aufgebracht werden, ebenso wie auch eine Reihe anderer Steuern und Abgaben, die der Vermieter zu entrichten hat. Aus sozialen Gründen nehmen daher die Steuerordnungen der meisten Länder nicht nur auf besonders ungünstige Verhältnisse des Vermieters, sondern auch des Mieters Rücksicht. So ist nach den preussischen Bestimmungen die Steuer zu funden und niederschlagen, soweit der Mieter mit seinen familienangehörigen zusammen nachweisbar einen Arbeitslohn oder ein sonstiges Einkommen von nicht mehr als 1200 M. hat oder soweit es sich handelt um Sozialrenter, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zulage erhalten, oder Erwerbslose und andere bedürftige Personen (namentlich sollen fernernde Familien berücksichtigt werden), welche die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können.

Welche Wirkung würde nun für den Mieter eine Ermäßigung oder Stundung der Hauszinssteuer haben? Die Ansicht, daß damit auch eine entsprechende Ermäßigung der gesetzlichen Miete eintreten würde, ist irrig. Die Höhe der gesetzlichen Miete wird durch allgemeine wirtschafts- und wohnungspolitische Erwägungen bestimmt, wobei das Ziel die Annäherung der Mieten an den Alt- und Neuwohnungen ist. Mit diesen Erwägungen ist auch von der Reichs-

regierung die letzte Erhöhung der Mieten begründet worden. Bei einer Ermäßigung der Steuer würde also die Höhe der gesetzlichen Miete unverändert bleiben. Dies gilt gleichwohl ebenfalls ebenso bei den schon recht zahlreichen Mietverhältnissen, für die nicht die gesetzliche, sondern eine frei vereinbarte Miete gilt, so z. B. bei Mietverträgen über Räume, für die die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, wie z. B. für gewerbliche Räume. Der Mieter hätte also keine geringere Miete zu zahlen. Die Ermäßigung würde lediglich dem Vermieter einen Vorteil dadurch bringen, daß er den Teil der Miete, den er bisher als Steuer abzuführen hatte, zu freier Verfügung erhält. Ein Betrag, den er in der Vorkriegszeit als Zins an seine hypothekengläubiger abzuführen hatte, würde ihm als Gewinn zufallen. Der hypothekengläubiger hätte darauf keinen Anspruch, da seine Rechte durch die Aufwertungsabgabe geschützt sind.

Für den Mieter hätte die Ermäßigung oder Befreiung der Steuer nicht nur keinen Vorteil, sondern in gewisser Hinsicht einen nicht unerheblichen Nachteil. Die erwähnten Bestimmungen über Stundung und Niederschlagung der Steuer würden nicht mehr gelten. Der Vermieter hätte gegen den Mieter Anspruch auf den vollen Mietbetrag, ohne verpflichtet zu sein, in den oben angeführten Fällen dem Mieter den Betrag zu funden oder etwa zu erlassen. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß Fälle, in denen ein freiwilliger Erlaß durch den Vermieter erfolgt, erheblich seltener sein werden, als die Fälle, in denen der Mieter nach den jetzigen Bestimmungen einen Erlaß des Mietbetrages erhält. Für die Mieterschaft und namentlich für die oben angeführten minderbemittelten Bevölkerungsteile, für die jetzt die steuerrechtlichen Bestimmungen gelten, würde daher eine Befreiung oder eine Ermäßigung der Hauszinssteuer keinen Vorteil bringen.

„Die Frieseninsel“. Unter diesem Titel ist im ersten Juniheft ein Beitrag von Alfred Kerr veröffentlicht worden. Ein Druckfehler hat leider den geographischen Charakter der Insel völlig verändert — indem er von „gigantischen Wäldern“ sprach. In Wahrheit gibt es auf der Insel überhaupt keine Wälder. Dagegen gibt es auf ihr (und so fand es auch im Urtext) gigantische Wüsten. Dies zur Aufklärung des . . . Widerpruchs.

## Blick in die Bücher

Staat und Volkstum, Bücher des Deutschums, zwei Bände, für den Deutschen Schulbuch herausgegeben von Dr. K. v. Loesch in Zusammenarbeit mit A. Hillen, Giesfeld, Deutscher Schulbuch-Verlag, Berlin W 30, Mohrstr. 22. 800 S. 22 M.

Dieses Buch ist der zweite Band der Bücher des Deutschums, deren erster Band vor Jahresfrist unter dem Titel „Volk unter Völkern“ erschien und hier besprochen wurde. In diesem neuen Band hat sich wiederum eine große Schär von Politikern und Wirtschaftlern, die zum Kreis des deutschen Schulbundes gehören, zu einem Sammelwerk vereint, das eine Fülle wertvoller Beiträge zur Problematik der Lage des deutschen Volkes in Europa enthält. Es sind insgesamt 40 Beiträge. Wir nennen aus der Reihe der Mitarbeiter beispielsweise nur folgende Namen: v. Loesch, Giesfeld, Riedl, Dr. Ullmann, Robert Ernst, Ernst Schröder, Paul Worgitzki, Dr. Steinhard, Ponisil, Magmann, Wappes, Winkler-Wien, Glathe, Hermanns, Friedrich Lange, Max Hildebert Boehm. Sie alle versuchen — um das Werk auf eine Formel zu bringen —, „nach einem einheitlichen Plane, aber unter eigener Verantwortung, die geistige Formel für die Aufhebung der Zerrissenheit Europas zu finden, soweit diese in der Ebene der Volkstumsbetrachtung überhaupt liegt“, wie v. Loesch es im Vorwort ausdrückt.

Das Werk erfüllt in die beiden großen Teile: „Europa und seine Völkerprobleme“ und „Das deutsche Volk“. In dem ersten Teil wird zunächst die Panuropafrage erörtert, darunter ein außerordentlich interessanter „Verfallungsentwurf“ des ehemaligen Gesandten Riedl für die „Vereinigten Staaten von Europa“. Es folgt eine weitere Aufzählung über den nationalen Gedanken, sodann über die Lage der Minderheiten in den verschiedenen Staaten Mitteleuropas. Im zweiten Teil wird die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes unter den verschiedenen Gesichtspunkten untersucht. Zunächst wird unsere Bevölkerungsbewegung, sodann unsere Siedlungslage und schließlich die Bodenpolitik der Nachbarstaaten behandelt. Es folgen danach einige Beiträge aus dem Gebiet des kulturellen Lebens, darunter insbesondere je ein Aufsatz über die evangelische und die katholische Kirche im Auslandsdeutschum. Zum Schluß kommen mehrere Aufsätze zur praktischen Deutschumsarbeit, aus dem Deutschen Schulbunde selbst.

Schon aus dieser summarischen Inhaltsangabe ergibt sich, daß wir es hier mit einem grundlegenden Werk zur großen Deutschumsarbeit der Gegenwart zu tun haben. Es ist ohne Zweifel ein fort-

schrift unserer deutschen Gegenwart über die Vorkriegszeit hinaus, daß in dieser Weise planmäßig und systematisch ein bestimmter Kreis von Freunden der Deutschumsarbeit an der Aufhellung ihrer politischen Probleme und an der Herausarbeitung brauchbarer praktischer Methoden für diese Arbeit sich betätigt. Und so ist hier tatsächlich zum Komplex des Grenz- und Auslandsdeutschums eine Menge von Stoff und eine Fülle neuer Gesichtspunkte zutage gefördert, auf denen jede künftige Arbeit weiterbauen wird. Auch die maßgebendste buchtechnische Ausstattung und die beigelegten zahlreichen instruktiven Kartensichten seien hier anerkennend erwähnt.

„Deutschland“, Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927. Herausgegeben von Dr. K. H. J. Reichsmünster a. D. Leipzig, Helwing's Verlagsanstalt. 248 S. Preis geb. 4 M.

Das Jahrbuch bringt in den Ausprägungen unserer führenden Männer einen Querschnitt durch das politische und wirtschaftliche, soziale und kulturelle, geistige und künstlerische Deutschland der Gegenwart. Es ist das besondere Verdienst des Herausgebers, daß trotz der Vielfältigkeit der Mitarbeiter und ihrer ausgeprägten Eigenart ein einheitlicher Klang des ganze Werk durchdringt, der in seiner Sachlichkeit eine klare Anweisung von den deutschen Lehren und Nöten zu vermitteln vermag. Damit bringt dieses Buch, das in seinem rückwärtigen Teil eine Art deutscher Reichscharakteristik ist, zugleich aber auch einen zuverlässigen Ausblick bietet, wertvolle Gesichtspunkte für die Beurteilung der Lage Deutschlands und des Deutschums drinnen und draußen. Aus der Fülle der Beiträge seien hier nur folgende hervorgehoben: Dr. O. Spengler „Vom deutschen Volksschicksal“, Oberpräsident Siehr „Ostpreußen“, Reichstagspräsident Eise „Der großdeutsche Gedanke“, Geh.-Rat Dr. Kohl „Mehr Staatsgemeinschaft“, Dr. Killy „Auslandsdeutschum und Heimat“, Geh.-Rat Dr. Duisberg „Der deutsche Binnenmarkt“, Rud. Wiffell „M. v. d. Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft“, Reichsminister Dr. Brauns „Das Problem der Arbeitslosigkeit“, Dr. Osborn „Kunstschaffen“, Prof. v. Dethlefsen „Die deutsche Mission“, Dr. Pelger „Sport“, Staatssekretär Erwald „Sport und Volksgeundheit“. Der Verlag hat das Buch reich mit graphischen und photographischen Aufnahmen und mit Kunstdruckbeilagen ausgestattet.



## Unter dem Bolschewismus

### Das asiatische Gesicht Rußlands in der jungen russischen Dichtung

Das neue Rußlandsonderheit der Literarischen Zeitschrift Orplid, herausgeg. von Dr. Martin Rockenbach, bearbeitet von Reinhold von Walter.

Mit Originalholzschnitt Bildnis des Dichters Remisow von Hubert Schöllgen und acht interessanten Bildnisphotos von führenden Köpfen der jungen Dichtergeneration Rußlands.

### Weitere aktuelle Hefte:

- Junges Frankreich — Junges Spanien 1 und 2
- Junges Italien — Junges Österreich —  
Katholisches Frankreich

Preis jedes Heftes einzeln M. 2.40, im Dauerbezug M. 2.00

\*

**Orplid-Verlag G.m.b.H.**  
München / Köln

## Das parlamentarische Wahlrecht

Dargestellt in den grundlegenden Bestimmungen  
der wesentlichen Staaten

von

**Dr. H. A. Bernhard**

96 Seiten und eine Übersichtstafel  
Preisiert Mark 2,50

### Aus den ersten Presseurteilen:

„... Eine eingehende Literaturübersicht und eine gute Übersichtstafel am Schluss des Bandes erhöhen seinen Wert, der vor allem darin besteht, daß man fast alle wichtigsten Bestimmungen über das Wahlrecht der hauptsächlichsten Staaten hier handlich und bequem beisammen hat.“  
„Öttinger Zeitung“.

„... So ist die Schrift vor allem wegen ihres Materialreichtums nur zu empfehlen und gehört in die Hand eines jeden, der sich mit den wichtigsten Problemen des Wahlrechts befaßt.“  
„Der Beobachter“, Berlin.

„... Gebrängte Darstellungsweise und überflüssige Anordnung des Stoffes macht es zu einem bequemen Speziallexikon für jeden politisch Interessierten, das die allgemeinen politischen Nachschlagewerke vorzüglich ergänzt.“  
„Germania“, Berlin.

**Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35**  
Potsdamer Straße 41.

## Der Bezugspreis für die Halbmonatsschrift

### „DER HEIMATDIENST“

beträgt jährlich nur Mark 5.—

Der Bezug kann erfolgen durch jede Buchhandlung, durch das  
Postzeitungsamt (Nachtragsliste 12) oder durch den Verlag

Die Zeitschrift „DER HEIMATDIENST“ gibt aus besten Quellen zu allen großen Fragen der äußeren und der inneren Politik das Material. Bei enger Fühlung mit den Ämtern des Reiches und der Länder nimmt „DER HEIMATDIENST“ in staatspolitischer Gesinnung eindeutige und begründete Stellung. „DER HEIMATDIENST“ ist eine unentbehrliche Ergänzung der Zeitung. Keiner Partei dienstbar, ist er ein periodisch erscheinendes Handbuch für jeden politisch Denkenden. Zahlreiche Karten, graphische Darstellungen und Bilder erläutern seinen reichen Inhalt.

### STIMMEN AUS DEM LESERKREISE

Noch mehr als bisher werde ich in Zukunft für die Verbreitung der Zeitschrift „Der Heimatdienst“ wirken, denn sie verdient es, indem sie ein wichtiges vaterländisches Aufklärungsmittel ist.

Prof. Dr. Anton Herrzog, Konstanz

Mit warmem Interesse lese ich Ihren Heimatdienst. Der Inhalt mußte weitestens verbreitet werden. Habt er doch den Leser über die Parteiensinken unserer Tage und leitet die Gedanken auf lebenswichtige geistliche Ziele.

In meiner mehrjährigen Tätigkeit habe ich unermessliche Mengen Aufklärungsliteratur verkaufen müssen. Ich zeige infolgedessen an einer Skepsis. Um so mehr muß ich doch anerkennen, daß der „Heimatdienst“ sich von dieser Literatur ganz und gar unterscheidet. Ich habe eine Reihe von Anregungen den Lesern entnehmen können und halte die ganze Anlage der Hefte für sehr glücklich. Hoffentlich kommen sie möglichst überall in der Provinz hin.

Reg.-Rat Dr. Fuchs, Königsberg

Eine politische Zeitschrift für das deutsche Volk, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, überparteilich sachlich und klar, einfacher Form die staatsbürgerlichen und weltpolitischen Erziehung der Heimat zu dienen.

Brandenburgische Schulzeitung

Ganz besonders ist der Heimatdienst eben für den Schulanterricht, der auf Selbsttätigkeit des Kindes sich aufbaut, geeignet, da er das Zahlenmaterial für Erdkunde und Rechnen — beide Fächer volkswirtschaftlich gelehrt — bietet. Staatbürgerliche Erziehung im gesamten Unterricht wird ebenfalls durch den Heimatdienst belebt.

Vertrauensmann E. Münchow, Rheinsberg (Mark)

Der Heimatdienst ist uns ein dauernd verwertbares, außerordentlich bedeutsames Material zur dauernden Orientierung der Öffentlichkeit in allen überparteilichen Fragen. Deutsche Volkspartei, Landesverband Lüneburg

Das im Heimatdienst veröffentlichte Material war mir bei Verträgen in der Sozialistischen Arbeiterpartei, dem Reichsbanner und meiner Polizeibeamtentrainingsvereinigung sehr wertvoll, daß ich es in der Zukunft ungenutzbar würde. Heinz Schubler, Altenburg (Thür.)

Der Heimatdienst ist wirklich eine Wohltat am Volke und die Leistung sowie dessen Schöpfer verdienen sich selbst den Dank aller Lehrer und staatsstreuen Deutschen. Studienrat G. Götter, Textilfachschule Fern (Saar.)

Der Heimatdienst wird von mir sowie von meinen Kameraden gern gelesen. Der Inhalt ist eine Belehrung und Aufklärung, die wenigen Worten und Zahlen bringen mehr als alle Zeitungen. Ich habe großes Interesse am Heimatdienst und bitte um weitere Zusendung. Aloys Stützer, Heydoro

Probenummern kostenlos durch den Verlag!

**Zentral-Verlag G.m.b.H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41**

# D. L. D. WEEKEND-KAMERA

Unübertroffene Leistung / Bestes Material / Erstklassige Optik

Eine Klappkamera für Platten und Filmpacks 9 × 12



I.  
RM. 18,50



II.  
RM. 28,50



III.  
RM. 38,50



IV.  
RM. 48,50

- I. Gehäuse aus bestem Hartholz m. K.-Lederbezug, Metallanboden innen lackiert, Schöne u. Spreizen f. vernickelt, Fußständer, Stativmutter für Hoch- und Queraufnahmen, drehbarer Brillantsucher, echter Lederbalgen, Mattscheibe und Mattscheibenrahmen mit Lichtschutzklappe, Ledertragegriff, Spezial-Apparat 1:8, Brennweite 18,5 cm. Vario-Verschluß für Zeit- und Momentaufnahmen bis  $\frac{1}{100}$  Sekunde, 6 Blendeneinstellungen einschl. Drahtauslöser und eine Metallkassette im Karton.
- II. Triebeneinstellung, Objektivräger allseitig verstellb., Hoch- u. Tiefstellung m. Mikrometerschraube, Laack-Anastigmat Polylot 1:6,3, Brennweite 18,5 cm, sonst in der Ausführung u. m. demselben Zubehör wie I.
- III. Bessere Ausführung, Standarte aus Leichtmetall, echter Lederbezug, Rahmensucher, Doppel-Anastigmat Ennar 1:6,3, Brennweite 18,5 cm, 8 Metallkassetten in Tasche, sonst wie vor.
- IV. Beste Ausführung mit Steinheil-Anastigmat Actinar 1:4,5, Brennweite 18,5 cm, Isor-Verschluß 9 mal verstellbar für Zeit und Moment von 1 bis  $\frac{1}{100}$  Sekunde, 8 Blendeneinstellungen, sonst Zubehör wie vor.



V.  
RM. 38,50

Eine Rollfilmkamera 6 × 9

- V. Metallgehäuse, Laufschiene und Spreizen vernickelt, Lederbezug, Lederbalgen, Ledertragegriff, Brillantsucher, Pronto-Verschluß für Zeit und Momenteneinstellung bis  $\frac{1}{100}$  Sekunde, Laack-Anastigmat Polylot 1:6,3, Brennweite 10 cm, 8 Blendeneinstellungen, Stativmutter für Hoch- und Queraufnahmen einschl. Drahtauslöser im Karton.



VI.  
RM. 48,50

- VI. Bessere Ausführung, Rahmensucher, Vario-Verschluß für Zeit- und Momenteneinstellung bis  $\frac{1}{100}$  Sek., 6 Blendeneinstellungen, Meyer-Anastigmat Trioplan 1:4,5 Brennweite 10,5 cm, sonst Zubehör wie vor.

## Apparatzubehör und Shotobedarf

|                                                                               |                                    |
|-------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------|
| Ledertasche ohne Futter, mit Schloß und Riemen 9 × 12                         | 7,50 RM.                           |
| Ledertasche mit Samtfutter, Schloß und Riemen                                 | 8,50 und 10,50 RM.                 |
| Ledertasche gefüttert 6 × 9                                                   | 6,— u. 8,— RM.                     |
| Erstatkassette                                                                | 0,70 und 0,90 RM.                  |
| Stativ, 8teilig (1,10 m hoch)                                                 | 6,90                               |
| 5 (1,80 m hoch)                                                               | 9,90                               |
| Stativtasche aus Leder oder Segeltuch                                         | 3,80 RM. und 2,80                  |
| Kugelenkel                                                                    | 3,50 4,—                           |
| Stativkopf, allseitig verstellbar                                             | 4,— RM.                            |
| Taschenstativ                                                                 | 6,—                                |
| in Ledertasche                                                                | 7,50                               |
| Selbstauslöser                                                                | 3,75 6,—                           |
| m. Zeiteinst.                                                                 | 10,— 12,—                          |
| Voraaufzinsen von                                                             | 1,50 an                            |
| Satz 4 St. von                                                                | 8,—                                |
| D. L. D. Spezialplatten 9 × 12                                                | 12                                 |
| D. L. D. Spezial-Filmpack 9 × 12                                              | 12 Aufnahmen 8,50 6 Aufnahmen 2,05 |
| D. L. D. Spez. Gaslicht- und Celloidin-Papier, 10 Blatt 9 × 12 cm             | 0,45                               |
| D. L. D. Spez. Entwickler, Fixiersalz, Tonfixiersalz und -bad, billig und gut |                                    |

|                                                |          |
|------------------------------------------------|----------|
| Dr. Vogels Taschenbuch der Photographie, gebd. | 2,80 RM. |
| Agfa-Handbuch                                  | 1,— RM.  |
| Satrap-Handbuch                                | 1,—      |
| Hauff-Handbuch                                 | 0,50     |
| Photofreund-Jahrbuch                           | 6,—      |
| Kodak-Handbuch                                 | 1,80     |
| Mimosa-Handbuch                                | 0,50     |

Alle Markenapparate und Bedarfsartikel zu Originalpreisen lieferbar, Prospekte anfordern! Versand schnellstens gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme.

**DEUTSCHER LICHTBILD-DIENST G. m. b. H.**

Postcheckk.: Berlin 29 798

BERLIN W 35, Potsdamer Straße 41

Telef.: Kurfürst 4056